

⚠ Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 28.

Berlin, den 7. Oktober 1917.

12. Jahrgang.

Rund um den Frieden.

Berlin, den 2. Oktober 1917.

Ministerielle Komplimente vor dem Frieden.

Noch zahlreicher als die vielen Schlachten dieses Weltkrieges sind die Reden der Minister, die das Rollen der eisernen Würfel begleitet haben. Sie sind ein Gradmesser der Kriegspolizei, die in den Köpfen der Staatsmänner spukt. Zu Anfang sind die Ministerreden trugig-kriegerisch, voller Drohungen und Zerschmetterungs- und Eroberungsankündigungen, ganz durchdrungen von der sieghaften Gerechtigkeit der eigenen Sache, allmählich aber werden sie gedämpfter, vorsichtiger, wenn auch nicht friedfertiger. Nur das Wort Frieden leuchtet häufiger in ihnen wieder, weil das Friedensverlangen im eigenen Volke nicht mehr überhört werden kann und beschwichtigt werden muß. Aber noch immer fliegen die Ministerreden wie ein Fußball aus dem einen Lager in das andere, noch immer suchen die Minister der einen Seite zu beweisen, daß einzig und allein ihre Amtskollegen von der Gegenseite die Verantwortung für die Fortdauer des Völkergemeinkens tragen. Jeder macht sein Kompliment vor dem Frieden, bläst aber zu gleicher Zeit in die Kriegsschlamm, damit sie ja nicht verlösche. Ueberblickt man die stattliche Reihe der Ministerreden, die im Laufe von rund 39 Kriegsmonaten gehalten worden sind, so merkt man, wie hohl und falsch heute so manche Rede klingt, die seinerzeit als politische Großtat gefeiert und in zahllosen Artikeln und Kommentaren breitgetreten wurde. Und man wundert sich nur, daß die einzelnen Völker noch mit Friedenskomplimenten gesplätete Ministerreden über sich ergehen lassen, anstatt die Herren zu wirklichen Friedens-taten zu zwingen.

Die letzte Woche hat uns wieder einige Regierungskundgebungen über Krieg und Frieden beschert, die die Welt trotz aller Komplimente vor dem Frieden dem Kriegsende nicht einen Schritt näher gebracht haben. Der englische Minister Asquith hat in einer Rede die Schwächen und Mängel der deutschen Antwort auf die Friedensnote des Papstes weidlich zerplückt und hat seinerseits wieder die englischen Kriegsziele als Fehdehandschuh hingeworfen, der wiederum von deutscher Seite begierig aufgegriffen worden ist. Der deutsche Reichskanzler Dr. Michaelis hat dann am 28. September im Hauptausschusse des Reichstages eine Rede gehalten, in der er mancherlei über den Frieden, aber gar nichts für den Frieden gesagt hat. Er hat erzählt, wie dreißig es den Franzosen, Engländern, Italienern und Russen geht, während man dem Volke auf der andern Seite weismacht, daß die Deutschen und Oesterreicher auf dem letzten Loche pfeifen. Glaubt man mit solchen Argumenten im vierten Kriegsjahr wirklich noch Wirkungen zu erzielen? Jedes Volk weiß nachgerade, wo es der eigene Schuh drückt, und wer die Zeichen der Zeit zu deuten versteht, der sieht, daß man überall den Druck los werden will. Vor allem greift im internationalen Proletariat, dem der kriegführenden wie dem der neutralen Länder, die Erkenntnis immer weiter um sich, daß mit Friedenskomplimenten, verwässerten Friedensresolutionen und unsicheren Zukunftswünschen auf Abrüstung und Schiedsgerichte nichts für einen realen und baldigen Friedensschluß erreicht wird. Mögen die Regierungsozialisten aus den Sägen der Ministerreden herausklauben, was sie zur Aufrechterhaltung ihrer sozialpatriotischen Litanei brauchen. Wir dagegen haben den Arbeitern klar zu machen, daß Abrüstung und Schiedsgericht sehr schöne Dinge sind, daß aber vorläufig noch täglich auf allen

Seiten ungezählte Männer und Jünglinge dahingerafft werden und daß erst dem Völkerringen Halt geboten werden muß, ehe an die Regelung dieser Fragen gedacht werden kann. Und diese und manche andere Regelung wird dann vielleicht viel gründlicher erfolgen, als es sich die kriegerischen Friedensstrategen in ihren platonischen und theoretischen Spekulationen heute vorstellen. Die Erkenntnis muß sich vertiefen, daß überall die Minister zwar Komplimente vor dem Frieden machen, immer aber bestimmte Interessenpolitik vertreten. Daher die stillschweigende Kapitulation des Herrn Dr. Michaelis vor den Alldeutschen und Tirpizianern, daher das Einschwenken Painlevés in die Front der chauvinistischen Reaktion, daher die imperialistische Verhissenheit im demagogischen Draufgängertum eines Lloyd George und in der liberalisierenden Diplomatie eines Asquith, daher die Kriegssophistik des politischen Prokuristen des amerikanischen Großkapitals, des Demokraten Wilson. Es wird noch manche wirkungslose Ministerrede gehalten werden, das letzte, entscheidende Wort wird aber nicht aus Ministermunde kommen.

Für und wider den Partefrieden.

Am 14. Oktober wird der Parteitag der Regierungsozialisten in Würzburg zusammentreten. Ungefähr zur gleichen Zeit tagt in Bordeaux der Nationalkongress der französischen Partei. Wir haben für die französischen Regierungsozialisten gewiß nichts übrig, immerhin muß man ihnen zugestehen, daß sie die Parteeinheit aufrecht erhalten und sogar die ihnen sicher sehr unbehaglichen Zimmerwalder in ihrer Organisation gelassen haben. Dem Korporalgeist und dem Bürokraten-dünkel der Männer, die der Weltkrieg in der Leitung der deutschen Sozialdemokratie antraf, blieb es vorbehalten, das stolze Gebäude der alten Partei in Trümmer zu schlagen. Es ist daher eine traurige Heerschau, die in Würzburg abgehalten wird und ganz wohl wird den Parteigewaltigen trotz allen Selbstbewußtseins dabei nicht zu Mute sein. Freilich, ihre gefährlichsten Parteigegner haben sie mit allen erdenklichen Kniffen und Schlichen, mit List und mit Gewalt aus der Partei gedrängt. Der letzte Streich gegen die „Neue Zeit“ hat das edle Werk gekrönt. Immerhin triffelt und rumort es im geborstenen Gemäuer ihrer alten Partei. Aber die Opposition, die in der alten Partei geblieben ist, wird den Ebert, Müller usw. kaum gefährlich werden. Denn ihr ist der Begriff Disziplin zu einem Fetisch geworden, dem sie willig ihre sozialistische und demokratische Erstgeburt zum Opfer bringt. Man kann daher mit einiger Sicherheit annehmen, daß die Vorstandsherren, vielleicht etwas zerzaust, in ihren Ämtern und Würden bestätigt werden. Den politischen Sieg auf dem Parteitage aber werden Sozialimperialisten vom Schlage eines Cunow, Lensch, Cohen usw., die Sozialpatrioten à la Hänisch, Heine und Landsberg, die Sozialreformer Kolbischer Observanz und die Realpolitiker der Generalkommission davontragen. Der alte Klassenkampfcharakter der Partei wird sang- und klanglos verscharrt werden.

Und das ist gut so. Gut im Interesse des Partefriedens und der Parteeinheit. Das klingt absurd, ist aber durchaus zutreffend. Je deutlicher den deutschen Arbeitern in Würzburg gezeigt wird, wohin der Regierungsozialismus steuern will, desto schneller wird es wieder zu einer Einheit der politischen Arbeiterbewegung Deutschlands kommen. Dem Würzburger Parteitage liegen eine

ganze Anzahl Anträge vor, die eine Versöhnung und Wiedervereinigung der abhängigen und unabhängigen Sozialdemokratie anbahnen sollen. Sentimentale und wohlmeinende Leute möchten gern an einem Riß herumfliden und kleistern, an dem es nichts mehr zu kleistern und zu fliden gibt. Denn der persönliche Groll hüben wie drüben, der Haß wegen erlittenen Unrechts auf der einen, die verletzte Eitelkeit machtbewußter und in ihrer Existenz bedrohter Parteibürokraten auf der andern Seite sind ja nur besonders verbitternde Begleiterscheinungen und Nebenwirkungen der Parteisplaltung. Ausschlaggebend bleibt die Grundauffassung über Wege und Ziele der sozialdemokratischen Bewegung. Diese Auffassung läßt sich kurz und drastisch in die beiden Parolen zusammenfassen: Die nationalsoziale Reformpartei! Die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie! Und wenn es auch gelänge, die Scheidemann, Ebert usw. mit den Haase, Ledebour usw. an einen Beratungstisch und wieder in eine Organisation zu bringen, so wäre damit noch nicht die Gewähr gegeben, daß die sozialdemokratisch denkende Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit eine solche Versöhnung mitmachen werde, so sehr ein jeder eine große und geschlossene proletarische Partei auch wünschen möchte. Das letzte Wort in der Einheitsfrage haben die Arbeitermassen und nicht die Beschwichtigungshofräte und Versöhnungsapostel in Würzburg zu sprechen. Glaubt die große Masse der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter, daß die Kriegspolitik der Scheidemann der Arbeiterschaft zum Segen gereicht hat und daß ihre Klasseninteressen am besten durch eine national orientierte Reformpolitik vertreten werden, dann wird die Unabhängige Partei zu einer bedeutungslosen Setze zusammenschmelzen, deren Mitglieder vielleicht desto fester an ihrer Ueberzeugung festhalten, der aber ein Einfluß auf die Massen versagt bleibt. Halten diese aber die neuorientierte Politik der Scheidemann für verfehlt, so wird sie kein noch so gut gemeinter Versöhnungsvorschlag unter die regierungsozialistischen Fahnen bringen. Die Zeit ist aber zu einer solchen Klärung und Entscheidung nicht reif. Belagerungszustand und Zensur hemmen den Klärungsprozeß, der überhaupt erst dann richtig in Fluß kommen wird, wenn die Hunderttausende von Parteigenossen von der Front und aus den Garnisonen wieder in die Heimat zurückgekehrt sind und sich einigermaßen wieder mit den politischen Problemen vertraut gemacht haben. Je offener der Würzburger Parteitag Farbe bekennet, desto mehr wird der Klärungsprozeß beschleunigt, desto eher wird es wieder zum Partefrieden und zur Parteeinheit kommen. Eine künstlich zusammengekleisterte Einigkeit würde bei den kommenden großen Kämpfen der Friedenszeit doch bald in die Brüche gehen. Vorläufig kann jede Partei nur für ihre Anschauungen werben — die Regierungsozialisten haben es heute leichter als wir. Das letzte, entscheidende Wort haben die Arbeiter selbst zu sprechen.

Wochenschau.

Vom 25. September bis 2. Oktober 1917.

Kriegsereignisse: An der Westfront kamen zu der unausgesehenen Artillerieschlacht in Flandern mehrere größere Vorstöße der Engländer, die ergebnislos blieben. — Auch an der Isonzo-Front machten die Italiener einige größere Kräfteanstrengungen am vielumstrittenen Monte Gabriele. Im übrigen blieb es überall bei den üblichen Kampfhandlungen des Stellungskrieges. — In der vergangener Woche sind

Mittwoch, den 10. Oktober: Zahlabend in Groß-Berlin.

fast täglich Luftangriffe auf London und andere englische Hafenstädte erfolgt.

Ausland: In Oesterreich ist das Parlament wieder zusammengetreten. Der Ministerpräsident v. Seidel hat eine Rede gehalten, in der er zum nationalen Frieden gemahnt und allerlei Reformen und Verwaltungsmaßnahmen in Aussicht gestellt hat. In bezug auf den Frieden redete er einige Allgemeinheiten, wie sie eben der Minister eines kriegsführenden Staates reden kann. Genosse Viktor Adler verfocht den Friedensgedanken der österreichischen offiziellen Partei und verlangte eine schärfere Präzisierung der österreichischen Friedensbereitschaft, auch trat er für die Wiederherstellung der Selbstständigkeit nicht allein Belgiens, sondern auch Serbiens und Rumäniens ein. Da aber die von Viktor Adler geführte deutsch-österreichische Sozialdemokratie während des ganzen Krieges eine mehr als passive Rolle gespielt hat, wird der Friedensappell Viktor Adlers genau dieselbe Wirkung ausüben wie die verschwommene Friedensresolution der reichsdeutschen Regierungssozialisten. Immerhin scheinen die österreichischen Sozialdemokraten das angeforderte Budgetsprovisorium ablehnen zu wollen. — Inzwischen ist es zu recht derben Zusammenstößen zwischen deutschnationalen und tschechischen Abgeordneten gekommen, wie der Nationalitätenhaber noch in vollem Umfange weiter besteht.

Der holländische Sozialist Troelstra hat sich sehr anerkennend über die deutsche Antwort auf die Friedensnote des Papstes geäußert, was im „Vorwärts“ freudestrahlend abgedruckt wurde. An anderer Stelle hat sich derselbe Troelstra etwas kritisch über die deutsche Kriegsführung (besonders in bezug auf Riga) geäußert, weshalb er von der F. R. böse angerempelt wird. Herr Heilmann wirft ihm „ungeheuerliche Ungerechtigkeiten“, „dumme und gemeine Märgen“ und andere Liebeshwürdigkeiten an den Kopf. — Ja, ja, es ist nicht leicht, es den verschiedenen Spielarten des deutschen Regierungssozialismus recht zu machen.

In Schweden haben die Wahlen einen großen Sieg der alten sozialdemokratischen Partei ergeben. Die Partei Brantings erhielt 88 Mandate, während die Linksozialisten nur 22 Sitze erlangen konnten; ihre zwei bedeutendsten Führer unterlagen. Die bisherige konservative Regierung hat jetzt keinen parlamentarischen Rückhalt mehr, und es wird wahrscheinlich ein liberal-sozialdemokratisches Ministerium gebildet werden. Im „Vorwärts“ werden jetzt auf einmal milde Töne gegen Branting angeschlagen, der bisher dank der Hege Janssens in der regierungssozialistischen Presse als Ententesöldling und Kriegstreiber gegen Deutschland hingestellt wurde. In Wirklichkeit wird der sozialdemokratische Wahlsieg die Neutralität Schwedens nach der einen wie nach der anderen Seite hin nur stärken.

In Frankreich werden allerlei Skandalaffären entdeckt, die den Kriegshebern Anlaß geben, gegen die Friedensbewegung im Lande mobil zu machen; sie finden dabei beim Ministerpräsidenten Painlevé ein offenes Ohr. Der Minister des Auswärtigen, Ribot, wird in den nächsten Tagen in der Kammer Rede und Antwort stehen müssen wegen der Behauptung, die russische Regierung habe die Bekanntgabe der französisch-russischen Geheimverträge aus der Zarenzeit nicht gewünscht. Von russischer Seite wird erklärt, daß ein solcher Wunsch niemals bestanden habe. Das ohnehin nur auf schwachen Füßen stehende Ministerium Painlevé kann dadurch stark ins Wanken geraten.

In Italien scheint die innere Gärung noch stark anzuhalten, obwohl die von der Schweizer Grenze kommenden Nachrichten nicht gut nachkontrolliert werden können. Immerhin scheint die Regierung mit allen Gewaltmitteln, wie Massenverhaftungen von friedensfreundlichen Bürgermeistern, führenden Sozialisten usw. sowie mit der Strenge der Säbeldikatur vorzugehen.

In Rußland spielt sich zurzeit ein wichtiger Akt des Klassenkampfes zwischen Bürgertum und revolutionärer Demokratie ab. In Petersburg findet die demokratische Konferenz statt, die als Folge des Kornilowschen Staatsstreiches von dem Sowjet und anderen revolutionären Organisationen einberufen war. Die provisorische Regierung, die zuerst diese Konferenz ignorieren wollte, hat dort einen schweren Stand und es fragt sich, ob die Politik Kerenskis siegreich aus dem Widerstand der Massen-

gen hervorgehen wird. Den Kernpunkt der Auseinandersetzungen bildet die Frage, ob noch weiter ein Zusammengehen mit der Bourgeoisie, vor allem mit den unzuverlässigen und gegenrevolutionär gesinnten Kadetten möglich sei. Kerenski und die gemäßigten Menschewiki sowie ein Teil der bäuerlichen Sozialrevolutionäre halten an dem Gedanken eines Koalitionsministeriums fest, während alle anderen Gruppen der revolutionären Demokratie jede Mitarbeit der Kadetten ablehnen. Die Menschewiki und andere Gruppen treten entschieden für eine reine sozialistische Regierung mit einem ausgesprochen sozialistischen Programm ein. Die Konferenz wird das Problem der sozialen Republik zu irgendeiner Entscheidung bringen und es wird sich zeigen, ob die proletarischen und revolutionären Kräfte stark genug sind, den Widerstand der um ihren Besitz und ihre politische Macht kämpfenden Bourgeoisie zu brechen und die Riesenaufgaben auf allen Gebieten des Staatslebens zu bewältigen, die das von der zaristischen Wirtschaft zerrüttete, von Krieg und inneren Wirren erschütterte Land an eine Regierung stellt. Nicht zuletzt wird der Ausgang der Petersburger demokratischen Konferenz auch für die Friedensfrage von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Nach und nach werden alle südamerikanischen Republiken in den Kriegszustand mit Deutschland hineingezogen sein. In der vergangenen Woche haben auch Uruguay und Paraguay die diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung abgebrochen. Argentinien hat sich noch nicht entschieden, das Land wird zurzeit durch einen großen Arbeiterausstand in Atem gehalten.

Innere Politik: Diese Woche stand im Zeichen der Kriegsanleihe und Hindenburgs 70. Geburtstage. Dem Zeitronisten haben sich dabei eine Fülle von Beobachtungen aufgedrängt, deren kritische Bewertung einer späteren Zeit vorbehalten bleiben muß. Am 28. September fand im Zirkus Busch eine Riesendemonstrationsversammlung für die Kriegsanleihe statt, an der auch der Reichskanzler, Herr Helfferich, der Kriegsminister v. Stein usw. teilnahmen. Unter den vielen Rednern befand sich auch Graf Westarp, Herr Erzberger und — Herr Konrad Hänisch, der für seinen verhinderten Freund Südekum eingetreten war. Zu Ruh und Frommen unserer Leser und vor allem der Nieder-Barnimer Wähler Hänisch sei hier wiedergegeben, was die bürgerliche Presse über das Auftreten Hänischs zu melden weiß:

Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt:

„Der sozialdemokratische Abgeordnete Hänisch errang den stürmischen Beifall, als er mit erhobener Stimme erklärte: „Kein deutscher Arbeiter denkt daran, auch nur einen Fußbreit deutschen Bodens herzugeben. Elfsch-Lothringen ist deutsch und wird deutsch bleiben für immer und ewig.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“, die „Kreuzzeitung“, „Post“ und „Deutsche Tageszeitung“ berichten übereinstimmend:

„Der Sozialdemokrat Hänisch bezeichnet die Rede von Asquith als einen Faustschlag auf das dritte deutsche Friedensangebot. Deutsche Antwort: Zeichne jeder Kriegsanleihe! Biete jeder das Aeußerste auf! Gebe jeder eine Antwort auf die unvershämten Zumutungen Wilsons! (Sturm. Beifall.)“

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sagen:

„Der Landtagsabgeordnete Hänisch (Soz.), der für seinen Parteifreund Südekum eingetreten war, mahnte daran, daß sie nicht hergekommen seien, um zu beraten, was uns trennt, sondern das, was uns eint. Und das ist die Unantastbarkeit deutschen Bodens, den wir gegen den Vernichtungswillen unserer Feinde zu verteidigen haben. Durchhalten, nichts anderes, hat dazu die Lösung zu sein, wenn uns auch vor dem nächsten Kriegswinter noch so bange werden mag. Aber die Notwendigkeit will es. Und was wir jetzt zu tun haben, und wäre es auch das größte finanzielle Opfer, ist armselig gegenüber den Opfern unserer Helden, für die jedes Wort des Lobes auf unseren Rippen beschämt erstirbt.“

Und das „Berliner Tageblatt“ verkündet:

„Allgemeine Befriedigung erweckten die kurzen Worte des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Konrad Hänisch, der erklärte: So wenig, wie irgendeine andere Partei, wird die deutsche Sozialdemokratie einen Fußbreit deutschen Landes — und Elfsch-Lothringen ist deutsches Land — abtreten. Wollen die Feinde unsere Friedenshand nicht ergreifen, so werden wir sie durch die Kraft des deutschen Schwertes zum Frieden zu bringen suchen.“

Der „Vorwärts“ hat sich über das Ereignis ausgesprochen:

Der Reichstag hat am 25. September eine kurze und belanglose Vollsitzung abgehalten und sich dann schnell bis zum 3. Oktober vertagt, trotz des Protestes der Unabhängigen Sozialdemokraten, der von Herrn Scheidemann mit einigen Schnoddrigkeiten beehrt wurde. Da hat der „Vorwärts“ nun wochenlang getan, als ob dieser Reichstag Bäume ausreißt und Eisenbahnsätze aufhalten werde, als ob er für Frieden und Demokratie Niesenarbeit leisten werde, es bleibt aber bei dem alten parlamentarischen Schlandrian, und die Regierungssozialisten helfen tapfer mit an der Verschleppung und Vertuschung.

Im Hauptausschuß ist inzwischen viel geredet und beraten worden. Die Frage der Soldatensöhnung, des Mannschaftsurlaubes, der Kriegsrenten usw. sind erörtert worden, auch die Ernährungs- und Unterstützungsfrage wurde behandelt. Es sind auch eine Anzahl Anträge angenommen worden, deren Schicksal vor Plenum und Bundesrat noch ungewiß ist.

Der Verfassungsausschuß hat mit viel Geschrei ein winzig kleines Ei gelegt. Der § 9 der Reichsverfassung soll dahin abgeändert werden, daß Bundesratsmitglieder auch Reichstagsabgeordnete sein dürfen. Unsere genügsamen Regierungssozialisten und Liberalen tun so, als ob das schon ein Riesenschritt zum parlamentarischen Regime sei.

Die preussische Wahlrechtsvorlage soll nun wirklich Ende Oktober oder Anfang November dem Abgeordnetenhaus zugehen. Die konservativen und nationalliberalen Wahlrechtsgegner rüsten sich bereits zum Kampf.

Unter den vielen „kleinen Anfragen“, die dem Reichstage zugegangen sind, seien hier einige für unsere Partei interessante wiedergegeben:

Die Abg. Dittmann und Vogtherr haben folgende Anfrage gestellt:

„Der amtliche stenographische Bericht über die Reichstagsverhandlungen vom 19. und 20. Juli 1917 ist vom Verlage der „Leipziger Volkszeitung“ unter dem Titel „Reichstag und Reichskanzler über die Kriegsziele“ als Broschüre herausgegeben worden. Die Broschüre enthält die Reden der Vertreter aller Parteien, sowie die Rede des Herrn Reichskanzlers Dr. Michaelis ohne irgendwelche Zusätze, Fortlassungen oder Hervorhebungen, getreu nach dem amtlichen Bericht. Danach geneigt die Broschüre den Schutz des Artikels 22 der Reichsverfassung, wonach wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstags bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.“

Trotzdem ein Hinweis auf diese Verfassungsbestimmung auf der Titelseite der Broschüre angebracht und die Broschüre ausdrücklich von der Zensurstelle des Leipziger Generalkommandos freigegeben worden ist, hat der Polizeipräsident von Stettin unter dem 20. September 1917 dem Parteisekretär Horn von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei folgenden Befehl erteilt:

„Die Genehmigung zur Verteilung der Druckschrift „Reichstag und Reichskanzler über die Kriegsziele“ kann nicht erteilt werden.“

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um vom Stettiner Polizeipräsidenten die Respektierung der Reichsverfassung zu erzwingen, Reichstag und Reichskanzler vor solcher verfassungswidrigen Unterdrückung ihrer Meinungsäußerungen durch die Militärbehörden zu schützen und der Öffentlichkeit das Recht auf Kenntnisnahme der Kundgebungen des Parlamentes und des Reichskanzlers zu sichern?“

Der Abg. Kunert (U. S.) hat folgende Anfrage gestellt:

„Vom 7. August bis 21. September 1917 sind öffentliche wie nichtöffentliche Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur Berichterstattung durch den Unterzeichneten über die Tätigkeit des Reichstags, den Frieden usw. entweder ohne jede Angabe von Gründen oder unter Angabe wichtiger Motive polizeilich oder militärbehördlich verboten worden. — Diese Verbote erfolgten für verschiedene Städte einmal bis dreimal, in einem Falle dauernd für die Kriegszeit; sie gingen aus von den zuständigen Generalkommandos für die Ortsteile Halle (Saale), Magdeburg, Aiel, Pries in Schleswig-Holstein und Berlin-Schöneberg sowie für den Reichstagswahlkreis Sachsen-Mittelelbe.“

It es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß so nicht nur öffentliche Erörterungen, sondern sogar die Abhaltung von Mitgliederversammlungen unmöglich gemacht wurden, daß so weite Kreise der Arbeiterklasse, deren Angehörige ihre ganze Arbeitskraft in der Kriegswirtschaft aufreiben, die unter der zermürbenden Not allgemeiner Teuerung schwer leiden, die Gesundheit und Leben an der Front einsehen, politisch entrechtet wurden und noch sind? Ist der Herr Reichskanzler darüber unterrichtet, daß polizeiliche und militärische Behörden vielfach jede Kritik, ja die bloße Bekanntgabe solcher Versammlungsverbote in der Presse durch die Handhabung der Zensur unterdrücken? Weiß der Herr Reichskanzler, daß so unüberwindliche Hindernisse für die

Bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie Deutschlands entweder nicht in dem hier angezeigten Grade oder überhaupt nicht vorhanden sind?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, über die Gründe so entgegengesetzter behördlicher Maßnahmen bei den vorerwähnten Verboten Auskunft zu geben; ist er ferner bereit, unberechtigte Eingriffe in das Versammlungswesen abzuwehren, die Benutzung des Versammlungsrechtes zu ermöglichen und künftig sicherzustellen?

Aus der Bewegung.

Der Unabhängigen Sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion in Berlin ist der Stadtverordnete Genosse Ferdinand Ewald als Hospitant beigetreten.

Die Vichtenberger Rathausfraktion hat sich getrennt. Die auf dem Boden der Unabhängigen stehenden sozialdemokratischen Mitglieder haben sich als selbständige Fraktion konstituiert. Die Namen der Mitglieder finden unsere Leser in dem Situationsbericht aus Vichtenberg.

Abhängige Praktiken. Am Sonntag hielten die Abhängigen in Eisenach eine sogenannte Kreisversammlung ab. Ein Kutschwagen voll Leute hatte sich dazu eingefunden. Ein Herr Vieh aus Mittelstall referierte; er wurde auch zum Kreisvertrauensmann erkoren. Dieser Herr hatte sich nach dem beschlossenen Uebertritt der Gesamtorganisation zur U. S. P. bei uns abgemeldet. Vor einigen Tagen meldete er sich schriftlich wieder an. Daß der Mann im Trüben zu fischen gedenkt, liegt auf der Hand. Der Vertrauensmann der Abhängigen hat natürlich bei uns nichts zu suchen, man wird auf seine Mitgliedschaft gern verzichten; solche Doppelnaturen sind bei den Abhängigen am richtigen Platz.

Die U. S. P. D. in Kassel. Auch in Kassel, wo alle Spitzen getrennt den Scheidemann-Marsch ins Regierungslager mitgemacht haben, hat unsere Organisation unter den Arbeitern starken Anhang. Aus sich selbst heraus schufen sie einen Ortsverein, der mehrere Hundert von Mitgliedern zählt. Mitglieder, die nicht nur in den Listen stehen, sondern mitarbeiten wollen. Kürzlich fand eine Mitgliederversammlung statt, zu der sich annähernd 200 Personen eingefunden hatten; das ist ein erfreuliches Zeichen, wenn man bedenkt, daß viele Genossen durch Ueberarbeit und Nachsicht vom Besuch der Versammlung abgehalten werden. Aus der Versammlung heraus sprach ein Genosse über die politischen und parteipolitischen Verhältnisse. Er fand ungeteilte Zustimmung mit der Verurteilung der Politik der Abhängigen und der Rechtfertigung der Stellungnahme der U. S. P. D.

Die Opposition in Nordbayern. Soweit die Führerschaft der Arbeiterbewegung in Nordbayern nicht den Regierungssozialismus vertritt, gehört sie der typischen Braunschweiger Gruppe an, die unserer Partei mindestens ebenso hinderlich im Wege steht, wie offene Gegner. Trotzdem findet das nordbayerische Proletariat mehr und mehr den Weg zur sozialistischen Anschauung zurück. Ueberall regt sich der Geist der Opposition und dort, wo die Erkenntnis von der Notwendigkeit selbständiger oppositioneller Politik gekommen ist, finden wir Eifer und Freude am Werke für die Organisation.

Gleich unter den Augen der Mehrheitspolitiker in Nürnberg breitet sich eine ständig wachsende Organisation aus. Reges Leben herrscht in der Bewegung. In einer am 23. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung konnten zum Beispiel 30 Neuaufnahmen gemacht werden und die Nachwirkung ist unverkennbar. Am 25. September sprach Südekum im Hercules-Theater. Der Nimbus, mit dem sonst die Südekumschen Versammlungen umgeben waren, fehlte hier völlig. Auch der Saal wollte sich erst gar nicht füllen. Schließlich kam noch eine leibliche Befegung heraus. Südekum sprach zwei Stunden über alles, nur nicht über Sozialismus. Er zeigte sich den Wählern als erbarnter, loserer Durchhalter und Robredner des neuen Blods. Die Wahlrechtsbewegung war ihm heilig. Sein Referat fand nur bei einem Teil der Versammlung Beifall. Genosse Karsten aus Aschaffenburg sprach in der Diskussion. Die wiederholten Beifallsstundgebungen machten jedoch die anwesenden Regierungssozialisten nervös. Dauernde und steigende Zwischenrufe brachten die Versammlung aus aller Ruhe. Und als unser Genosse seine Ausführungen beendet hatte und Südekum zum Schlusswort antrat, verließ das Publikum zur Hälfte den Saal und die Unruhe, die — von den Nachharn der Durchhaltepolitik heraufbeschwoeren — steigerte sich so, daß das Schlusswort ungehört verhallte. Als Südekum einen großen Teil der Anwesenden weggehen sah, mußte er bewegten Herzens ausrufen: „Bleibt nur ruhig ab, zieht nur!“ Ob der Inspiratoren des Tumultes das Verkehrt ihres Auftretens eingeleuchtet haben wird?

Die Opposition kann mit dem Resultat der Versammlung zufrieden sein. Und die weiteren organisatorischen Erfolge haben bereits gut eingesetzt.

Auch in anderen Kreisen geht es vorwärts. Der Aschaffener Organisation, die als erste den Anschluss an die Opposition vollzogen, sind weitere Organisationen gefolgt. Namentlich Schweinfurt entwickelt sich gut. Organisationen bestehen ferner im Würzburger Wahlkreis, im Wahlkreis Kitzingen, Bamberg, Kronach, Hof, Kitzingen und Bayreuth. Die Dofer und Bayreuther Kreise, deren Führung trotz des Drängens der Mitglieder den Weg zu unserer Organisation noch immer nicht gefunden haben, werden wohl oder übel in nächster Zeit der Auffassung der Mitglieder Rechnung tragen müssen.

Nordbayern steht politisch in übergroßer Zahl zu uns. Der organisatorische Erfolg wird nicht ausbleiben.

Ein Schritt vorwärts. Mit dem 1. Oktober d. J. eröffnet die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Bezirks-Sekretariat für Pommern und Mecklenburg mit dem Sitz in Stettin. Bezirkssekretär ist der von den Regierungssozialisten gemäßregelte, 12 Jahre lang in Pommern bereits als Bezirkssekretär tätig gewesene Genosse Horn in Stettin.

Der Parteivorstand der Abhängigen mit seinen Handlangern in Stettin hatten sich die Vernichtung der oppositionellen Bewegung in Pommern sehr leicht gemacht. Sie glaubten, wenn sie den Genossen Horn auf die Straße setzen, ihn brotlos machen, sich die Einrichtung des Bezirkssekretariats und alle sonstigen materiellen wie finanziellen Mittel aneignen, daß dann auch die Opposition beseitigt sei. Die Herren haben sich aber gewaltig getäuscht. Sie haben mit dem Kampfesmut und der Opferwilligkeit unserer Anhänger nicht gerechnet. Sie werden auch noch weiter die Erfahrung machen müssen, daß eine geistige Bewegung, deren Existenzberechtigung in den wirtschaftlichen und politischen Ursachen zu suchen ist, nicht mit Gewalt- und Unterdrückungsmaßnahmen beseitigt werden kann. Diese Krämerseelen haben die ganze oppositionelle Bewegung von ihrem engberzigen, egoistischen, materiellen Anschauungen betrachtet und erkennen auch heute noch nicht die Triebkräfte, die zur Opposition und zur Spaltung der Partei geführt haben.

Ueberall beginnt es zu tagen, überall regen sich die Geister, und haben wir die berechtigte Hoffnung, daß das neuerrichtete Sekretariat seine Aufgaben im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse voll erfüllen wird.

Alle Zuschriften und Geldsendungen sind zu richten an den Bezirkssekretär August Horn, Stettin, Kaiser-Wilhelm-Straße 73.

Kreiswahlverein Siegen-Grünbergs-Ribba. Nachdem es am 3. Juni d. J. den Regierungssozialisten gelungen war, einen Uebertritt des Kreiswahlvereins zur Unabhängigen Partei mit 14 gegen 18 Stimmen zu hintertreiben, hat sich am 29. Juli d. J. der Kreiswahlverein der Unabhängigen Partei neu konstituiert. Bemerkenswert ist, daß hinter den 14 Delegierten, die dafür stimmten, 210 Mitglieder standen, während die 18 Delegierten, die gegen den Uebertritt stimmten, nur 62 Mitglieder vertraten. Ferner hatten es sich die Mehrheitsanhänger des Kreisvorstandes angelegen sein lassen, aus dem entferntesten Orte des Wahlkreises, Sedern im Vogelsberg, zwei Delegierte herbeizuschicken und für diese, allen bisherigen Gepflogenheiten zuwider, die Delegationskosten aus der Kreiskasse zu zahlen, obwohl die Mitgliedschaft nicht in der Abrechnung zu finden war. Nach den Worten des Kassierers habe sie nachträglich ihren Verpflichtungen genügt und sie sei in der Abrechnung nachzutragen. Obß seine Richtigkeit hat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Nach der Fundamentierung und dem inneren Ausbau des neuen Kreiswahlvereins (U. S. P.) war es nun demselben am Sonntag, den 23. September, möglich, vor die Öffentlichkeit zu treten. Bei aller Bescheidenheit ist zu konstatieren, daß wir einen schönen Anfangserfolg verzeichnen können, der zu weiteren Hoffnungen berechtigt. Waren doch über 100 Besucher aus dem Kreise, sowie den angrenzenden preussischen Gebietsstellen erschienen, was unter den heutigen Zeitverhältnissen, wo die meisten männlichen Mitglieder eingezogen sind, und angesichts der uns zur Verfügung stehenden Publikationsmöglichkeiten einen nicht zu verachtenden Erfolg darstellt. Mit Genugtuung kann konstatiert werden, daß selbst aus dem entfernten Distrikte sowie aus dem Weiburger Kreise einige Genossen herbeigezogen waren, die weder Mühe, Zeit und Geld scheuten, um ihre Sympathie für die Unabhängige Partei zu bekunden. Es beweist dies aber auch, daß unsere Bewegung überall Wurzel geschlagen hat; die Fundamente sind gelegt und es bedarf nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse nur des planmäßigen organisatorischen Aufbaues. Von den Besuchern einiger im Gewerkschaftslokale anwesenden Genossen von der anderen Fakultät konnte man ob unseres Anfangserfolges eine nicht geringe Beblüffung ablesen. Dies um so mehr, als zu einer vor kurzem von ihnen einberufenen Mitgliederversammlung, zu der sie ihr größtes „Paradeferd“, den Reichstagsabgeordneten Ulrich-Offenbach, gewonnen hatten, ganze 25 Männlein und Weiblein erschienen waren, während wir über 40 Besucher allein aus Gießen zählen konnten. Es ist dies für diese Leute ein tägliches Armutszeugnis, wenn man herablickt, daß die Regierungssozialisten in dem ihnen zur Verfügung stehenden Publikationsorgan, der „Oberh. Volkszeitung“, schon tagelang vorher für ihre Versammlung Propaganda gemacht hatten und auch „Parteifreunde“ eingeladen hatten, die der Partei beitreten konnten, von denen aber keine erschienen waren. In unserer Versammlung hielt Genosse Henke-Dremen einen Vortrag über „1. Neuorientierung, Friedensfrage und Arbeiterklasse, 2. Lebensmittelversorgung, Hunger und Volk“. Seine 1 1/2 stündigen Ausführungen fanden lebhafteste Zustimmung. Nach einem anfeuernden Appell an die Versammlungsteilnehmer durch Gen. Beckmann, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen und für Einführung neuer Mitglieder und Abonnenten des „Mittelungsblattes“ bestrebt zu sein, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Der Abgeordnete Simon ist aus der Partei der Regierungssozialisten ausgeschieden und der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beigetreten.

Die Mannheimer Regierungssozialisten geraten immer mehr in Druck. Als die U. S. P. zur Vereinsgründung in Mannheim schritt, glaubten die Herren zunächst, unsere Genossen als ein kleines, hoffnungsloses Häuflein abtun zu können. Erst wollte man 8, dann 10, dann 18 Mitglieder verloren haben. Den Spott hat man längst verlernt. Seit einiger Zeit bemühen sich die Herren kamp-

fast, zu retten, was zu retten ist. Oskar Wed, der Herr Abgeordnete, reist in höchstgelegener Person von Bezirk zu Bezirk, um der Jagensucht der Mitglieder zu steuern. Unsonst. Die Mitgliederzahl der U. S. P. steigt fortgesetzt und steht bereits heute den Regierungssozialisten ebenbürtig gegenüber. Kürzlich beschloß die größte Parteifiliale der zum Mannheimer Wahlkreis gehörenden Landorte, Hockenheim, ihren Anschluss an die U. S. P. Darob großes Geheul. Herr Strobel, seines Zeichens Parteisekretär, fuhr schleunigst von Mannheim nach Hockenheim, trommelte zusammen, was als Anhänger der Regierungssozialisten nur irgendwie auf die Beine zu bringen war — angeblich 88 Personen, unter ihnen Leute, die seit Jahren keinen Parteibeitrag mehr bezahlt haben — und ließ in einer entrüsteten Resolution den Uebertrittsbeschluss der Hockheimer Parteifiliale zur U. S. P. „für sich als nicht verbindlich“ erklären. Und damit auch der Humor nicht fehlt, erklärte die Leuten in ihrer Resolution weiter, daß sie „die Mitglieder, die den Uebertrittsbeschluss sagten, als aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschieden betrachten“. Köstlich. Doch die Intelligenz des Herrn Strobel geht weiter. Nach Mannheim zurückgekehrt, setzte er sich an die Schreibmaschine, teilte dem Vorsitzenden und Kassierer der Hockheimer Parteioffiziation die von seinen Anhängern angenommene Resolution mit, forderte Bücher, Bibliothek, Votalkasse usw. heraus und drohte mit Anzeige wegen Unterschlagung, wenn Gewünschtes bis 3. 9. nicht in seinen Händen ist. Höher geht nimmer! Unsere Hockheimer Genossen lassen sich natürlich nicht verblöffen. Ihrer 62 an der Zahl, erklärten sich unterschrittlich mit dem Uebertrittsbeschluss einverstanden und denken nicht daran, den rechtmäßig gefassten Beschluss des Vereins irgendwie durch die Strobel'schen Drohungen durchkreuzen zu lassen. In einem zweiten Schreiben an die Vorstandsmitglieder läßt sich Herr Strobel nun u. a. wie folgt vernehmen:

„Da es Euch nun gleichgültig ist, ob die Arbeitergroßen verprozessiert werden, haben auch wir keine Rücksicht mehr zu nehmen und werden das Weitere veranlassen. ... Ihr trägt die Verantwortung, daß die Angelegenheit gerichtlich ausgetragen werden muß usw.“

Herr Strobel ist wirklich ein Original. Anstatt sich mit dem Entschluß der großen Mehrheit der Hockheimer Parteimitglieder, die zur U. S. P. übergetreten sind, abzufinden — so schmerzlich es auch für ihn sein mag! — fährt er das größte Geschütz auf, droht mit Anzeige wegen Unterschlagung und möchte gleichzeitig die Verantwortung für ein solches Tun und Treiben auf andre abwälzen. So geht nun nicht. Die Verantwortung für sein Vorgehen wird Herr Strobel mit seinen Hintermännern schon gefälligst selbst übernehmen müssen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aber werden aus dem Verhalten der Herren ihre Lehren ziehen. Solange sie sich von den Regierungssozialisten an der Nase herumführen lassen, waren sie liebe, treue und wertere Mitglieder, nachdem sie jedoch zur U. S. P. übergetreten, sollen ihre Vorstandsmitglieder mit dem Makel der Unehrenhaftigkeit gestempelt werden, wegen Unterschlagung auf die Anklagebank! Das sind die Kampfmethoden der Herren Abhängigen. Die Arbeiterschaft wird ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben.

Arbeiter-Bildungsschule.

In der vorigen Nummer des Mittelungsblattes ist nachdrücklich auf die Notwendigkeit der sozialen Aufklärungsarbeit hingewiesen worden. Dieser soll vor allem der nachstehende Lehrplan der Arbeiterbildungsschule für die Monate Oktober, November und Dezember 1917 dienen. Für diese Zeit veranstaltet die Schule folgende Wochenkurse, die mit Montag, den 15. Oktober, ihren Anfang nehmen:

1. Wirtschaftsprobleme des Weltkrieges. (Kriegs- und Staatssozialismus, Staatskapitalismus, Monopole, Steuerfragen usw.). Vortragender ist Genosse Emil Eichhorn. Beginn des Kurses: Montag, den 15. Oktober.

2. Aus der Geschichte des Sozialismus und der Sozialdemokratie. Dieser Kursus ist besonders für weibliche Hörer bestimmt. Vortragender ist Genosse Eduard Bernstein. Beginn des Kurses: Dienstag, den 16. Oktober.

3. Einführung in die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. Dieser Kursus soll den Jugendlichen einen Einblick in die sozialistische Theorie und Weltanschauung gewähren. Beginn des Kurses: Mittwoch, den 17. Oktober.

4. Die ökonomische und soziale Entwicklung Rußlands seit der Bauernbefreiung. Vortragender Ernst Däumig. Beginn: Donnerstag, den 18. Oktober.

Die Kurse umfassen 10 Abende, der für Jugendliche 8 Abende. Das Hörergeld beträgt 1 Mk. für die Kurse 1, 2 und 4; für den Einführungskursus für Jugendliche sind 80 Pf. Hörergeld zu zahlen. Mitglieder der Vereinigung Arbeiterjugend zahlen 40 Pf.

Die Kurse beginnen pünktlich um 8 1/2 Uhr abends und endigen gegen 10 Uhr.

Die Sonntagsvorträge beginnen bereits Sonntag, den 7. Oktober und zwar mit einem vier Abende umfassenden musikalischen Vortragszyklus über Mozart. Diese Vorträge werden durch Beispielspiele am Klavier erläutert. Vortragender ist Leo Kestenberg. Die Vorträge finden am 7., 14., 21. und 28. Oktober statt. Das Eintrittsgeld für den Abend beträgt 20 Pf.

Am 4., 11., 18. und 25. November findet ein Vortragszyklus von 4 Abenden aus dem Gebiete der Naturwissenschaften statt. Frau Käthe Duncker wird über die **Entwicklungslehre** (Darwinismus usw.) sprechen. Das Eintrittsgeld für den einzelnen Vortrag beträgt 10 Pf.

Die **Sonntagsvorträge** beginnen pünktlich um 8 Uhr.

Alle Kurse und Vorträge finden im Hörsaal der Schule, Schilderstraße 5, Hof rechts 2 Treppen, statt. Eingang, wenn Tor geschlossen, durch kleine Tür im Eingangstür Schilderstr. 5.

Die Bibliothek der Arbeiterbildungsschule befindet sich im gleichen Räume und ist vom 15. Oktober ab an allen Kurstagen geöffnet. Sie steht allen Hörern zur unentgeltlichen Verfügung. Ebenso haben alle Mitglieder der Groß-Berliner Wahlvereinsorganisationen, sowie die Mitglieder der Vereinigung Arbeiterjugend das Recht, die Bibliothek zu benutzen. Als Legitimation dient die Hörerkarte, das Mitgliedsbuch usw.

Sonnabend, den 27. Oktober findet zum Besten der Arbeiterbildungsschule im großen Saale des Lehrervereinshauses ein Kunstabend, bestehend aus einer Reihe gediegener musikalischer Vorträge und Rezitationen, statt. Eintrittspreis 60 Pfennig. Karten sind in den Wahlvereinsbüros, sowie im Verbandsbüro, Schilderstr. 5, zu haben.

Die Genossinnen und Genossen Groß-Berlins werden ersucht, recht zahlreich die durch die Arbeiterbildungsschule gebotenen wissenschaftlichen und künstlerischen Bildungsgelegenheiten wahrzunehmen und für einen guten Besuch aller Veranstaltungen der Schule zu wirken.

Weiteres.

Seinen **Handbedarf** an Liedern schafft ein Jeder sich selbst an, singt der Rater Hildigel in Scheffels Trompeter von Säckingen. Nach diesem Grundsatz handelt auch die Direktion des Zentralorgans für Scheidemann-Kellame. Für den ach so bitter notwendigen Abonnentengang am 1. Oktober muß auch der Hausdichter antreten und den Pegasus besteigen. Und so reitet denn der regierungssozialistische Hänger in Apoll in Kurzaufzug die hohe Schule, wobei seinem Musewich folgende Äpfel entfallen sind:

Der Richtige.

Der Scheidemann ist ihm fatal
Weil nicht genügend radikal,
Den „Vorwärts“ hat er auf den Zug,
Weil er nicht radikal genug,
Er geht nicht in den Wahlverein,
Er müßte radikaler sein.
Und der so täglich boft und toft —
Was liest denn er? Die „Morgenpost“!

Merkspruch.

Was ein Soldat ohne Gewehr,
Ein Schneider ohne Schar,
Ein Reiter ohne Gaul,
Ein Alldentscher ohne R—,
Eine Leiter ohne Sprossen,
Ein Fisch ohne Flossen:
Ein Kerl, kurz, ohne Kopf und Herz,
Das ist ein Arbeiter ohne „Vorwärts“!

Ernstes Wort.

Laßt euch nicht trennen, haltet zusammen,
Schleicht eure Reiben, wahrst euer Haus!
Wenn soll es frommen, schlagen die Flammen
Häuslicher Zwiethracht zum Fenster hinaus?
Wollt ihr dem lauernden Feind nicht nügen,
Müßt ihr die innere Einheit schützen,
Müssen wir bleiben, wie wir ihr,
Großer Gedanken männliche Streiter,
Besserer Zeiten Wegbereiter:
Und der „Vorwärts“ bleibt das Panier!
Wenn das nicht steht, zieht überhaupt nichts mehr.

Zeitgemäßes Küchenrezept. Man schlägt die Eierlarte, legt die Butterlarte an mäßiges Kohlenartenfeuer, bis sie braun wird, und darin schmort man die Fleischlarte. Die Kartoffel- und Gemüselarten werden abgekocht und dazu gereicht. Als Nachtmahl kann man eventuell noch vorhandene Kartoffelarten heiß abbrähen, fügt die Milchlarte hinzu, süßt das ganze entsprechend mit der Zuckerlarte und legt endlich die Brotlarte hinein. Nachher wäscht man sich mit der Seifenlarte die Hände und trocknet diese mit dem Bezugspfein ab. Aus der „Muster“.

Aus den Organisationen.

Lichtenberg. In unserer am 19. September stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Genosse Oskar Winte über Gas- und Kohlenverbrauch, Wohnungs- und Ernährungsfragen. An die sehr instruktiven Ausführungen des Referenten schloß sich eine anregende Debatte. In dieser kam allseitig zum Ausdruck, daß dafür Sorge getragen werden muß, daß die

Bevölkerung zum mindesten die ihr zustehenden staatlich rationierten Nahrungsmittel und Kohlen auch erhalten, zumal es doch möglich ist, den in der Nahrungsindustrie beschäftigten Personen außer den vorgegebenen Rationen noch darüber hinaus Lebensmittel zugänglich zu machen. Unsere Vertreter im Stadiparlament wurden beauftragt, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß das gesundheitschädliche tagelange Anstehen bei Belieferung von rationierten Lebensmitteln und bei Beschaffung von Kohlen für die Folge in Begleit komme. Weiter wurden unsere Vertreter beauftragt, auf keinen Fall für eine Erhöhung des Gaspreises zu stimmen, da bei dem bestehenden Kohlen- und Petroleummangel eine weitere Belastung und Einschränkung von der arbeitenden Bevölkerung fern zu halten ist.

Unsere Stadtverordneten, die zur unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehören, beschlossen in einer Fraktionsitzung, sich von der bestehenden gemeinsamen Soz. Fraktion zu trennen. Die Genossen Berger, Brühl, Jaffe, Reuzner, Tempel, Stöck, Witz und Wihle erklärten deshalb ihren Austritt aus der gemeinsamen Fraktion und bilden von jetzt ab eine eigene Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Dieser Beschluß wurde von der Bezirkskonferenz freudig begrüßt und gutgeheißen.

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß vom 16. Oktober ab wieder unser Jugendheim regelmäßig Dienstags und Freitags, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, geöffnet ist; desgleichen Sonntags von 6 bis 9 1/2 Uhr. Für gute Unterhaltung und Belehrung ist Sorge getragen. — Zur Ergänzung des Jugendauschusses resp. zum Aufsichtsdienst im Jugendheim können sich noch Genossen und Genossinnen melden. Den Eltern empfehlen wir, ihre Kinder dem Jugendheim zuzuführen.

Unsere Bibliothek befindet sich im Lokal von Wilh. Schulz, Kronprinzenstr., Ecke Scharnweberstr., und ist Bücherausgabe jeden Sonnabend abends von 7 1/2 bis 9 Uhr.

Stralau. Am 10. Oktober findet der gemeinsame Jahlabend bei Schulz, Markgrafendamm 6, statt.

Am Dienstag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Steinicke, Alt-Stralau 5, eine Versammlung des Wahlvereins statt mit folgender Tagesordnung: Die Lebensmittelpreise in unserer Gemeinde. Referent: Stadtverordneter Carl Leid-Berlin.

Spandau. Am Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet ein gemeinsamer Jahlabend bei Derz, Kurstraße 22, statt. Der Jahlabend für den Stadtteil Siemensstadt findet am Mittwoch, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Rant, Siemensstraße 34, statt.

Der Vorstand.

Treptow-Haunsdammweg. Am Mittwoch, den 10. Oktober, findet statt der Jahlabend eine Mitglieder-Versammlung bei Kubat in Treptow, Parkstraße, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Däumig: „Ueber unsere Aufgaben.“ 2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 3. Verschiedenes. — Die Versammlung beginnt pünktlich 8 Uhr. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig.

Der Vorstand.

Tempelhof. Am Mittwoch, den 10. Oktober, findet bei Reimer, Ordensmeisterstr. 57, ein gemeinsamer Jahlabend statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 2. Vereinsangelegenheiten. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es notwendig, daß jeder Genosse erscheint.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 7. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr, Kl. Frankfurterstraße 6: Vortrag von Herrn Ernst Däumig: Wanderungen durch die Kirchengeschichte. IX. Luther der Reoolutionär. Gäste willkommen. — Nächste Vorlesung für Kinder am 14. Oktober.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Zu dem jetzt beginnenden Samariterkursus können noch eine Anzahl Teilnehmer zugelassen werden. Zu dem nächsten Vortragsabend, der am Montag, den 8. Oktober, 8 1/2 Uhr abends in Giesle's Vereinshaus, Köpenicker Straße 82, stattfindet, wollen sich neue Teilnehmer eintragen lassen. Thema des Vortrages ist: Physiologie, Lebensfunktionen des menschlichen Körpers. Sämtlichen Kursteilnehmern steht eine reichhaltige Bibliothek, sowie allmonatlich der Samariter, Organ des Bundes, zur Verfügung.

Der **Berliner Arbeiter-Schachklub** veranstaltet auch für das kommende Winterhalbjahr einen freien Schachverkehr. Dieser findet jeden Sonntag Vormittag von 9—12 Uhr in Neukölln „Passage-Hof“, Bergstr. 151 und in Berlin „Zur Loge“, Kleine Auguststr. 14 (nahe Bahnhof Börse und Rosenthaler Platz) statt. Es wird ein Turnier veranstaltet frei für Jedermann. Die drei besten Partien erhalten je einen Bücherpreis. Interessenten werden die Anfangsgründe des Schachspiels kostenlos beigebracht. Eintritt und Teilnahme frei und ohne Mitgliedszwang. Beginn am Sonntag, den 7. Oktober.

Friedrichshagen. Am Sonntag, den 7. Oktober, nachmittags 5 Uhr, findet im kleinen Saal von Conrad, Friedrichstraße 186, eine Schulentlassungsfeier statt. Die Schulentlassenen sind herzlich willkommen.

Der Vorstand

der „Vereinigung Arbeiter-Jugend Groß-Berlin“.
Ortsgruppe Friedrichshagen.

Quittung.

Für den **Pressfonds** eingegangen: 7,50 Mk. von Stala.

Diverse Einnahmen: 8 Mk. von „Al“, Landsturm-mann.

Für die Agitation der Partei erhalten von der Werkstatte der Betriebswerkstatt der Schneider und Schneiderinnen 50 Mk.

Für die **U. S. P.** 20 Mk. von Herrn. Worm durch Nehmsch, 8. Abteilung.

Sechster Wahlkreis. Uebertrag vom Mitteilungsblatt der 13. Abteilung für den Pressfonds 15 Mk. Für den Pressfonds von einem Feldgrauen 5 Mk. Summa 20 Mk.

Unsern treuen Mitgliede

Emil Friß nebst Gattin

zur silbernen Hochzeitfeier am 10. Oktober die herzlichsten Glückwünsche vom „Freundschafts-Klub Klette“.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäschung meiner lieben, herzenguten Frau, unserer lieben Tochter

Jana Kraushaar geb. Kreuzler

sagen wir allen Genossen und Genossinnen, Freunden und Bekannten, den Sängern, sowie Herrn Waldeck Manasse für seine trostreichen Worte am Sarge der Entschlafenen unseren tiefgefühltesten Dank.

Nieder-Schönhausen, **Johannes Kraushaar,**
Kaiser Wilhelmstr. 58. **Leopoldine Kreuzler.**

Dankagung.

Für die so zahlreichen Beweise der Liebe und herzlichen Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes und treuzorgenden Vaters

August Nagel

sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Genossinnen, sowie den Kollegen der Firma Koller und dem Genossen Manasse für seine trostreichen Worte unseren tiefsten Dank.

Ww. Auguste Nagel geb. Liede
nebst Sohn.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis.

Am 12. September fiel in Galizien unser Mitglied, der Bezirksführer

Theodor Heidemann (Maler)

6. Abteilung, Bez. 113
im blühenden Alter von 29 Jahren.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Wahlverein Johannisthal.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 28. August unser Genosse

Ernst Schettler.

Wahlverein Schöneberg.

Auf dem Schlachtfelde gefallen ist am 20. September der Tischler

Paul Gröschke.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 26. September verstarb an Gehirnschlag unser Genosse, der Tischler

Friedrich Seegert

Littauer Str. 19, Bezirk 338.

Am 28. September verstarb unser Genosse

Friedrich Reiber

Bezirk 422, Abt. 42.

Am 29. September verstarb unsere langjährige Genossin

Ida Deutschmann

Löwestr. 27, Bezirk 340 I.

Am 28. September verstarb unser Genosse, der Böttcher

Wilhelm Rieger

Glogauer Str. 33, Bezirk 207 I.

6. Wahlkreis.

Am Montag, den 1. Oktober, verstarb unser Genosse, der Badeanstaltsbesitzer

Otto Becker

Pankstr. 58, 18. Abt., Bez. 805.

Wahlverein Neukölln.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 25. Sept. unser Genosse

Alwin Franke

Ringbahnstr. 25, 18. Bez.
verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Stockholm.

Es ist sehr still geworden um die Stockholmer Friedenskonferenz des internationalen Sozialismus. Die erste Periode der hoffnungsfroh begrüßten Bewegung, die sich an den Namen Stockholm knüpft, hat den Bankrott des internationalen Regierungsozialismus und Sozialpatriotismus erwiesen und damit den Konferenzgedanken auf ein totes Gleis gedrängt. Wenn der proletarische Friedens- und Konferenzgedanke diesen **Marsch** überwinden und zu neuem Leben erwachen soll, müssen die Arbeiter der einzelnen Länder zunächst einmal mit ihrem einheimischen Regierungsozialismus abrechnen, ihm die Gefolgschaft versagen und sich hinter die sozialistischen Parteien und Gruppen stellen, die von jeher den internationalen Friedensgedanken vertreten und ihm keine nationalen Barrieren errichtet haben. Der Regierungsozialismus aller Länder trägt sein gerüttelt und geschüttelt Maß Schuld daran, daß Stockholm den gepeinigten Völkern den vierten Kriegswinter nicht ersparen konnte. Will das internationale Proletariat nicht, daß sich das Jahr 1918 als fünftes Jahr der Welttragödie mit hundertfach gesteigerten Schrecken, Aderlassen und Entbehrungen abrollt, wozu der Regierungsozialismus im Banne seiner nationalen Ideologie allerorten Vorgebrungen seinen Segen geben muß, dann hat es dem Stockholmer Friedensgedanken neue Form und neuen Inhalt zu geben.

Daß die deutschen Regierungsozialisten äußerlich mit Krokodilstränen, innerlich mit erleichtertem Aufatmen den Stockholmer Konferenzgedanken eingefasert haben, das beweist u. a. ihr letztes Vorgehen gegen eine Zeitschrift von internationaler Bedeutung wie die „Neue Zeit“ und gegen einen Mann von internationalem Ruf wie Karl Kautsky. Mag man zur „Neuen Zeit“ und zu Kautsky in Einzelfragen gestanden haben, wie man will, soviel steht fest, daß beide in jahrzehntelanger Arbeit für das internationale und das deutsche Proletariat mehr getan haben, als all die Umlerner, denen die Kriegspsychose in die Schreibfinger verschlagen hat und die seit Jahr und Tag an imperialistischen und nationalistischen Zwangsvorstellungen leiden, in deren Bann sie ein Attentat nach dem andern auf den Sozialismus machen, der die Völker befreien soll. Mit ihrem letzten Streich haben die deutschen Regierungsozialisten, von allem anderen abgesehen, den Stempel unter die Bankrottbescheinigung gedrückt, die sie aus Stockholm mit heimgebracht haben. Die deutschen Arbeiter müssen sich darüber klar werden, daß die Ebert, Scheidemann, Müller usw., die einen Kautsky zur Strecke gebracht haben, keinen Pfennig Kredit bei der Internationale mehr haben, daß die Leute, sollten sie wirklich noch einmal nach Stockholm gehen wollen, auf keiner Seite, weder bei den Regierungsozialisten der anderen Länder noch viel weniger natürlich bei den treu zur Internationale haltenden Sozialisten, Gehör und Einfluß finden werden. Die Person und das Parteimitgliedsbuch Kautskys kommt hierbei nicht in Frage. Die Internationale kennt ihn als einen ruhigen und besonnenen Repräsentanten des Marxismus und des internationalen Gedankens und wird seine Widersacher mit Recht als Feinde dieses Gedankens einschätzen. All ihr wortreiches Friedensgerede wird und muß als eitel Heuchelei durchschaut werden. Von einer Teilnahme ihrer Regierungsozialisten an etwaigen kommenden Verhandlungen in Stockholm haben die deutschen Arbeiter nichts, aber rein gar nichts zu erwarten. Mögen sich unsere Leser diese Erwägungen recht zu eigen machen und in ihrem Arbeits- und Wirkungskreis dafür sorgen, daß weniger geschulte Arbeiter nicht auf die Mattensänger melodien dieser pseudo-sozialistischen Friedensschwadrone hereinfallen.

Denn der Stockholmer Friedensgedanke ist nicht tot, er glüht und glimmt auch heute noch unter der Oberfläche. Der russische Sowjet hält nach wie vor an der Stockholmer Konferenz fest, und auch für die Zimmerwalder ist der internationale Friedensgedanke nicht tot und begraben, wenn sie auch unter der internationalen Militärdiktatur ihre Anschauungen nicht laut vor aller Welt verkünden können. In Frankreich und England aber greift der Stockholmer Gedanke wie ein glimmendes Feuer um sich, allen Widerständen der Regierungen und allen sozialpatriotischen Machenschaften zum Trotz. In Frankreich wird in den nächsten Tagen der Nationalkongress der sozialistischen Partei zusammentreten, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Sozialpatrioten von den immer zahlreicher gewordenen Anhängern der Konferenz an die Wand gedrückt werden. Vor Wochen konnten die französischen und englischen Sozialpatrioten es noch durch-

drücken, daß die Ententezialisten erst zu einer Einigung über die Kriegsziele gelangen müßten, ehe sie nach Stockholm gingen. Eine englische Kommission, der u. a. Macdonald und Henderson angehören, ist bereits zusammengetreten, um die Kriegsziele zu erörtern. Die kriegsgegnerische Stimmung, die immer weitere Schichten der englischen Arbeiterschaft ergreift, wird ebenso wie die Beschlüsse des französischen Parteitages in Bordeaux den widerstrebenden und lästigen Arbeiterführern Beine machen, der Kampf gegen die Paßschwierigkeiten kann mit verstärkter Energie geführt werden. Die Stockholmer Konferenz kann vielleicht schneller, als wir es denken, doch noch Wirklichkeit werden, und ihr bisheriger Leidensweg hat nur zur Klärung und Verstärkung der Energie des internationalen Proletariats beigetragen. Trotz aller Rückschläge und Enttäuschungen darf in der Arbeiterschaft auch in bezug auf den Konferenzgedanken keine Resignation und tatelose Entmutigung um sich greifen. Nur wer sich selbst aufgibt, der ist verloren.

Mögen die deutschen Arbeiter dafür sorgen, daß dann ihre Regierungsozialisten als Hirten ohne Herde nach Stockholm gehen, daß sie von dort mit Hohngeächter heimgeschickt werden und daß sie den proletarischen Entrüstungsturm ernten, den sie mit ihrem regierungsozialistischen Wunde gesät haben.

Der internationale Gewerkschaftskongress.

Am 1. Oktober ist in Bern der internationale Gewerkschaftskongress zusammengetreten, allerdings ohne die Vertreter der Ententeländer, denen die Pässe verweigert worden sind. Nach einer Meldung der „Voss. Zig.“ soll dagegen Jouhaux, der Führer der französischen Gewerkschaften, in Bern eingetroffen sein. Vertreten sind Schweden mit fünf, Norwegen mit zwei, Holland mit zwei, Ungarn mit zwei, Oesterreich mit sechs und Dänemark mit drei Delegierten. Die deutsche Gewerkschaftsbürokratie — die Gewerkschaftsmitglieder haben zur Konferenzwahl kaum Stellung nehmen dürfen — hat von der Generalkommission die Herren Legien, Bauer und Sassenbach entsandt, außerdem sind die Gewerkschaftsleiter Döblin, Sachse, Peipart, Häbich, Pöplow und Brey nach Bern gereist. Die Konferenz wird vom Schweizer Gewerkschaftsbund geleitet; ihre Dauer ist auf 8 Tage berechnet. Politische Fragen sollen auf der Konferenz nicht erörtert werden. Das wird sich aber kaum ganz vermeiden lassen, vor allem nicht, wenn die Frage einer Verlegung des internationalen Gewerkschaftssekretariats, das bisher von Legien geleitet wurde, erörtert wird. In der Hauptsache soll sich die Konferenz mit sozialistischen Forderungen, die von den Gewerkschaften aller Länder vertreten werden sollen und die wir bereits früher in allgemeinen Umrissen mitgeteilt haben, beschäftigen.

Die „Neue Zeit“ franguliert.

Der Parteivorstand in der Lindenstraße hat den beiden Redakteuren der „Neuen Zeit“, Karl Kautsky und Emanuel Burm, die Kündigung ins Haus gesandt und auf ihre weitere Tätigkeit für die „Neue Zeit“ verzichtet. In dem von Ebert unterzeichneten Schreiben heißt es, daß die beiden Genossen als Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die die Sozialdemokratische Partei auf das heftigste bekämpfe, nicht Redakteur an einem sozialdemokratischen Blatt bleiben könnten.

Wer die Dinge verfolgt hat, mußte mit dieser Maßnahme rechnen. Eine Körperschaft, wie dieser Parteivorstand, kann sich nur durch fortgesetzte Gewaltmaßnahmen halten. Er kann niemand gebrauchen, der nicht seine Politik fördert; er muß alle beseitigen, die ihm im Wege stehen. Auf dieser Bahn gibt es keinen Halt mehr. Damit wird aber auch die Behauptung von der Meinungsfreiheit in der sozialdemokratischen Partei als bloße Redensart gekennzeichnet, wenn man überhaupt von diesen Leuten als Sozialdemokraten reden darf. In Wirklichkeit sind sie keine Sozialdemokraten, sind es längst nicht mehr. Sie fürchten, daß immer weitere Kreise erkennen, daß sie vor den Arbeitern nicht mehr bestehen können. Sie brauchen Kreaturen, die nach ihrer Pfeife tanzen. Wer das nicht tut, der wird aus dem Wege geräumt. Man wartet den Würzburger Parteitag gar nicht erst ab, bei dem man sich der Vorsorge halber schon die nötigen Anträge bestellt hat. Wenn der Hinauswurf Kautskys und Burms nicht früher erfolgt ist, so nur deshalb, weil die Herren Ebert und Scheidemann nicht mit einem Hinauswurf Kautskys aus der „Neuen Zeit“ vor die Internationale treten wollten. Sie haben so

schon allen Kredit verloren und wollten wenigstens noch den Schein zu wahren suchen. Jetzt, wo die Aussichten auf Stockholm ungünstiger geworden sind und die Herrschaften in den bisherigen Konferenzen inne geworden sind, was man von ihnen denkt, spielen diese Rücksichten keine Rolle mehr.

Burm hat 15 Jahre an der „Neuen Zeit“ gewirkt. Kautsky ist mit Dietz Begründer des wissenschaftlichen Organs und wirkt seit 1883 an dieser Zeitschrift, die sich bei den Sozialisten aller Länder eines großen Ansehens erfreute, seit einer Zeit, da an die Scheidemann, Ebert, Müller noch gar nicht zu denken war.

Möglich ist diese neueste Maßnahme nur in der Zeit des Belagerungszustandes, die das Erscheinen neuer Zeitschriften nicht ermöglicht. Den wahren Sozialismus und die wahre Demokratie wird auch dieser Streich des P. B. nicht ertöten.

Die Berliner Genossen, die bisher ihren Funktionen aus Organisationsmitteln die „Neue Zeit“ lieferten, haben nunmehr die „Neue Zeit“ sofort abbestellt.

Mein Abschied von der Neuen Zeit.

Unter diesem Titel schreibt Genosse Kautsky in der „Leipziger Volkszeitung“:

Die Neue Zeit beginnt mit dem 1. Oktober ihren 36. Jahrgang. Mein Kollege Burm und ich waren eben im Begriff, das 1. Heft dieses Jahrgangs, das wir im Laufe der Woche fertiggestellt, zum Druck zu befördern, da ging uns vom Parteivorstand die Mitteilung zu, wir seien zum 1. Dezember gekündigt und hätten unsere weitere Tätigkeit sofort einzustellen. Das kam so plötzlich, daß es uns veragi war, als Redakteure Abschied von unseren Lesern zu nehmen.

Zu meinem Nachfolger wurde Heinrich Cunow ansersehen, der nach dem Ausbruch des Krieges die Notwendigkeit des Imperialismus verfocht. Von diesem Standpunkt aus wird jetzt die wissenschaftliche Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie redigiert sein. Ihm hatten wir zu weichen.

Der Parteivorstand begründet sein Vorgehen damit, daß es unzulässig sei, ein Organ der Partei von einem Mitglied einer anderen Partei redigieren zu lassen. Zur Beurteilung dieser Begründung muß man sich vergegenwärtigen, in welchem Sinne die Neue Zeit Parteiorgan war und wurde.

Die Neue Zeit wurde nicht von der Partei gegründet. Den Plan zu dieser Zeitschrift faßte ich im Sommer 1882. Sie sollte dem Marxismus dienen, seiner Verfestigung, Anwendung, Weiterentwicklung. Ich gewann Bebel und Liebknecht für die Idee sowie Dietz, der das Wagnis unternahm, inmitten des wildesten Lobens des Sozialistengesetzes mit den damals noch sehr schwachen Kräften seines jungen Verlags eine wissenschaftliche Zeitschrift herauszugeben, deren Redakteur nur in engem Parteikreise bekannt war, und in der eine Methode und Weltanschauung vertreten werden sollte, die erst sehr wenig begriffen wurde und die sich ihre allgemeine Anerkennung erst zu erobern hatte.

Es kostete uns große Mühe, erheischte schwere Opfer von uns, unter diesen mühsigen Umständen uns zu behaupten, „durchzuhalten“, bis wir soweit kamen, die besten Köpfe des internationalen Sozialismus zu unseren Mitarbeitern zu zählen.

Was die Neue Zeit geleistet, darüber zu berichten oder ein Urteil zu fällen, steht mir natürlich nicht zu. Für den jetzigen Moment bemerkenswert ist nur eines: Die Neue Zeit war von ihrem Beginn an Parteiorgan insofern, als Verleger und Redakteur wie die Mitarbeiter Parteigenossen waren, mit ganzer Kraft der Partei dienten und so auch die Neue Zeit selbst dem Parteiinteresse dienstbar machten. Aber dabei war die Neue Zeit Privatorgan insofern, als sie von keiner Parteiinstanz abhängig war, keine für sie irgendeine Verantwortung trug, keine sie ökonomisch oder sonstwie unterstützte.

Und das galt nicht bloß unter dem Sozialistengesetz, unter dem keine Zeitung offen als Parteiorgan erscheinen konnte, sondern noch eine geraume Zeit nach seinem Fall. Das hinderte nicht, daß die Neue Zeit ins Parteileben tief eingriff, energisch an seiner Entwicklung mitarbeitete. Sie war Privatorgan, als ihre Redaktion das Programm ausarbeitete und veröffentlichte, das in Erfurt zum Parteiprogramm wurde. Sie war Privatorgan, als sie in dem Vordergrund der Parteidiskussionen über Revisionismus und Ministerialismus stand.

Erst spät wurde sie von der Tendenz nach „Verstaatlichung“ erfaßt, die nach dem Fall des Sozialistengesetzes auskam, von dem Trachten, alle privaten Verlage und Verlagsunternehmungen in Parteiunternehmungen zu verwandeln. Die Neue Zeit hatte das erste Halbjahr ihres 19. Jahrgangs hinter sich, als sie mit den anderen vom Genossen Dietz herausgegebenen Zeitschriften, der Gleichheit und dem Wahren Jacob, zusammen in das Eigentum des Parteivorstandes überging.

So viel mir über den geschäftlichen Teil jener Transaktion bekannt ist, wurde sie tatsächlich zu einer Schenkung an die Partei. Sie brachte eine gewaltige Umwälzung in den Eigentumsverhältnissen des von Dietz geschaffenen und in die Höhe gebrachten Verlags, änderte aber zunächst nichts an den redaktionellen Verhältnissen der Neuen Zeit. Wohl hatte von nun an die Redaktion dem Parteitag Rechenschaft zu geben, jedoch nie wurde ihr eine Änderung ihrer Haltung oder Praxis auferlegt.

In Dies war ich in keinem Vertragsverhältnis gestanden, sondern in einem Freundschafts- und Vertrauensverhältnis. Ich übertrug es auf den Parteivorstand und räumte ihm damit die Macht ein, mich aus dem Unternehmen, das ich begründet, für das ich den besten Teil meiner Lebensarbeit hingegeben habe, jederzeit nach Belieben zu entfernen, ohne einen anderen Anspruch als auf eine Kündigungsfrist, wie sie auch dem jüngsten Parteiangestellten zusteht.

Wenn der jetzige Parteivorstand von dieser Macht in vollstem Maße Gebrauch macht, läßt sich juristisch dagegen kaum etwas einwenden. Aber er komme nicht mit der Behauptung, daß ihm nur dieser Weg übrig bleibe, da ein Parteiorgan nur von Parteigenossen redigiert werden dürfe. Daß man die jetzigen Redakteure entferne, war die eine Möglichkeit, den bei uns aufgetretenen Zwiespalt aufzuheben. Eine andere bot die Wiederherstellung des Status quo, die Rückverwandlung der Neuen Zeit in das Parteiorgan, das sie 19 Jahre lang gewesen, ihre Rückgabe in jene Hände, aus denen der Parteivorstand sie empfangen hat.

Aber freilich, es ist nicht einzusehen, warum die Redaktion der Neuen Zeit besser behandelt werden soll als die der Gleichheit oder des Vorwärts oder einer der sonstigen Zeitungen, die der Parteivorstand an sich riß.

Höchstens könnte man sich fragen, warum unsere Entfernung nicht schon früher vorgenommen wurde. Macht unsere Zugehörigkeit zur Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands uns unfähig, die Neue Zeit zu redigieren, warum kommt man erst jetzt darauf, warum nicht gleich nach der Gothaer Konferenz?

Ich nahm bisher an, man warte solange, um den Würzburger Parteitag sprechen zu lassen. Warum hat man es nach so langem Warten jetzt plötzlich so eilig und vollzieht unsere Entfernung 14 Tage vor dem Parteitag? Soll das das Präliminar bilden zu den Einigungsresolutionen, die dort verhandelt werden?

Begreiflich wird das Vorgehen des Vorstandes dann, wenn jene recht haben, die da behaupten, der Vorstand habe schon längst beabsichtigt, mich hinauszuerwerfen, aber davon Abstand genommen, als der Gedanke der Stockholmer Konferenz auftauchte. Er wollte vor der Internationale nicht mit dem Makel erscheinen, soeben die älteste der in der Internationale bekannten Redaktionen gemahregelt zu haben. Jetzt ist Stockholm in die Ferne gerückt, da ist wohl jede weitere Rücksicht überflüssig geworden.

Oder sollten das geschäftliche Berechnungen gewesen sein, die die Hinausschiebung der Kündigung auf den 29. September veranlassen? Sie kam da gerade noch früh genug, dem Parteivorstand die Auszahlung eines weiteren Quartalsgehalts an die Redaktion zu ersparen, und doch so spät, daß zu erwarten war, er werde noch für ein Quartal die Abonnements der unabhängigen Abonnenten einsacken.

Die Kündigung traf uns am Tage des Redaktionsschlusses für Nr. 1. Man hatte uns ruhig noch die redaktionelle Arbeit für diese Nummer verrichten, ja hatte uns die redaktionellen Vorbereitungen für den kommenden Jahrgang machen lassen, ohne uns mitzuteilen, daß diese Arbeit überflüssig sei, obwohl unsere Kündigung schon beschlossen war. Man ließ uns noch Manuskripte nach Stuttgart schicken, der Druckerei war aber bereits Auftrag gegeben, diese Einsendungen nicht mehr in Satz zu geben. Am Tage unserer Kündigung erhielten wir sie wieder ausgehändigt. Wir waren abgesehen und Cunow fungierte bereits an unserer Stelle, ehe man uns noch gekündigt hatte! Das übertrifft noch das Torpedieren ohne Warnung.

Als ich die Erbärmlichkeit aller dieser Hinterhältigkeiten überlegte, kamen mir Verse in den Sinn, die einst bei einer ähnlichen, freilich viel größeren Gelegenheit geschmedet worden.

Als im Mai 1849 die Neue Rheinische Zeitung unterdrückt wurde, rief Freiligrath in ihrem Namen:

Kein offener Sieb in offener Schlacht —
Es fällen die Räder und Fäden,
Es fällt mich die schleichende Niedertracht
Der schmutzigen Westkalmücken.

Damals wurden unbequeme Zeitungen von der Reaktion verboten, heute werden sie vom sozialdemokratischen Parteivorstand mit den unsaubersten Methoden gelapert. Das ist eine andere Methode, unabhängige Stimmen der Kritik zum Schweigen zu bringen. Man begründet ein Zeitungsmonopol.

Aber die Umstände, die das ermöglichen, gehen ihrem Ende entgegen, und je stärker die augenblickliche Stauung, desto mächtvoller wird die Gewalt der Strömung sein, wenn der Damm zerbricht.

Freiligrath schrieb 1849 zur Zeit des unaufhaltsamen Niederganges der Revolution, die in ihren entscheidenden Zentren überall besiegt war. Heute dagegen gehen die politischen Kämpfe nicht einem Zustand der Apathie und Erstarrung, sondern äußerster Verschärfung entgegen. Was Freiligrath damals rief, ich darf es mit noch größerer Zuversicht den bisherigen Lesern der Neuen Zeit zurufen:

Nun ade — doch nicht für immer Ade!
Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!

So alt ich bin, ich gedenke noch die Zeit zu erleben, in der die Sache siegt, der die Neue Zeit 35 Jahre lang treu gedient hat. Und ich hoffe, es wird mir beschieden sein, dazu noch mein Scherflein Arbeit beitragen zu können.

R. Kautsky.

Um die Gaspreiserhöhung.

Es war ein harter Kampf, der im Berliner Rathaus um die Erhöhung der Gaspreise geführt werden mußte. Er endete mit dem Ergebnis, daß die Gas-konsumenten schon im Oktober anstatt 16 Pf. nunmehr 20 Pf. für das verbrauchte Kubikmeter Gas zahlen müssen. Unsere Genossen haben mit aller Entschiedenheit diese neue Belastung weiter Bevölkerungskreise

bekämpft. Unsere Redner sowohl in den vorbereitenden Ausschüssen wie im Plenum der Stadtverordneten-Versammlung geteilt das Verfahren, Kosten, die als Folgen des Krieges anzusehen sind, schon heute auf die Gasverbraucher umzulegen. Sie wiesen nach, daß diese Steuerpolitik eine grundverkehrte sei. Früher haben die Gaswerke große Ueberschüsse gebracht, in den letzten 10 Jahren vor dem Kriege nicht weniger als 73 Millionen Mark, die dem allgemeinen Steuerfädel zugute gekommen sind und von denen vor allem die Besitzenden den größten Nutzen gezogen haben, indem sie von einem gerade sie weit mehr als die arbeitende Bevölkerung belastenden Steuerzuschlag verschont blieben. Es ist in der Gemeinde nicht anders als in Reich und Staat, wo die Besitzenden an der Steuerlast leiden. Die Gaspreiserhöhung trifft den Arbeiter härter als den reichen Mann. Der 30 000 Mk. Einkommen hat, zahlt für das Kubikmeter Gas denselben Preis wie derjenige, der nur 3000 Mk. Einkommen hat, während bei einer gerechten Besteuerung der erstere zehnmal mehr zahlen müßte als der letztgenannte. Und darin liegt die große Ungerechtigkeit dieser Steuerpolitik. Auch die höheren Löhne der Arbeiter müßten zur Begründung herhalten. Mit aller Deutlichkeit wiesen unsere Genossen nach, daß diese Löhne nicht eine solche Höhe erreicht haben, als man allgemein behauptet, dann aber seien die Kosten für die Lebenshaltung in einem Umfange gestiegen, die in keinem Verhältnis zu den gezahlten Löhnen ständen. Dazu käme, daß die Gaspreiserhöhung keine vorübergehende Maßnahme bleibt, sondern ein Dauerzustand wird. Nach dem Kriege stehe aber die Befürchtung, daß infolge großen Angebots der Arbeitskraft die Löhne eine sinkende Tendenz annehmen werden. Die Gaspreise werden dann aber weiter bestehen bleiben.

Die Magistratsvorlage sieht vor, daß diejenigen Gasverbraucher, die bis 365 Kubikmeter Gas verbrauchen, anstatt 4 Pfennige nur 2 Pfennige Erhöhung zahlen sollen. Das ist aber nur eine Scheinkonzession. Die Stadt Berlin hatte im Jahre 1915/16 564 000 Gas-konsumenten. Davon verbrauchten 24 000 Großkonsumenten — das sind solche mit einem Verbrauch von über 50 000 Kubikmeter jährlich — 80 Millionen Kubikmeter; 302 000 mittlere Verbraucher — bis zu 50 000 Kubikmeter — 122 Millionen und 238 000 Kleinverbraucher 72 Millionen. Danach beträgt der Durchschnitt bei den kleinen Leuten 303 Kubikmeter. Nun kann man mit diesem Durchschnitt gar nichts anfangen, zumal unbestreitbar ist, daß durch die Verschlechterung des Gases mit Wassergas der Verbrauch jetzt ein höherer ist, etwa 300 Kubikmeter. Feststellungen haben ergeben, daß Leute mit 2 Zimmern zum Kochen und zur Beleuchtung mindestens 600 Kubikmeter verbrauchen. Aus diesem Grunde hat die Bestimmung, Verbraucher bis 365 Kubikmeter nur mit 2 Pfennig zu belasten, gar keinen praktischen Wert und unsere Genossen beantragten deshalb, alle Konsumenten bis 600 Kubikmeter von der Erhöhung frei zu stellen. Aber diese Darlegungen, so durchschlagend sie auch waren, blieben ohne jeden Eindruck. Geschlossen stimmten die bürgerlichen Gruppen unsere Anträge in namentlicher Abstimmung mit 59 gegen 35 Stimmen nieder und erhoben die Gaspreiserhöhung zum Beschluß. Es war auch nicht anders zu erwarten. Unsere Genossen sagten das den Herren auch. Auf unserer Seite sei das Recht, auf der anderen Seite die Macht. Eine Stadtverordnetenversammlung, die auf Grund des Dreiklassenwahlrechts aufgebaut ist, wird nimmer die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung wahrnehmen, sondern immer Klassenpolitik treiben. Diese Lehre sollten die Arbeiter aus diesen Vorgängen ziehen.

Groß-Berliner Chronik.

Zur Kohlenbelieferung Groß-Berlins wird mitgeteilt, daß nach einem Beschluß des Kohlenverbandes die bis jetzt ausgegebenen Kohlenkarten bis Ende Dezember mit den darauf angegebenen Mengen beliebert werden sollen. Vom 1. Oktober ab sind weitere Abschnitte der Kohlenkarte zur Kohlenentnahme freigegeben und zwar außer auf die Abschnitte 1—4

für Gruppe I = 1 Ztr. (Abschnitte 5—8)	
II = 2 "	5—8 einschl.
III = 4 "	5—12 "
IV = 6 "	5—16 "
V = 8 "	5—20 "

In derselben Verordnung ist weiter bestimmt, daß Verbraucher, welche bisher die ihnen auf Abschnitt 5 der Kasse-Ersatz-Karte zustehenden Mengen nicht erhalten haben, weil der Händler, bei dem sie den hellen Besteckabschnitt abgegeben hatten und in dessen Liste sie eingetragen sind, nicht in der Lage war, sie zu versorgen, befreit sind, gegen Abgabe des grünen Empfangsabschnittes bei einem anderen Kohlenhändler sich die Kohlen zu verschaffen.

Gehet! soll vor dem 15. Oktober nicht werden. Es heißt, daß nach dem Dezember neue Karten mit derselben Ration ausgegeben werden. Man sei dabei voraus, daß keine besonderen Umstände die Heran-

schaffung von Kohlen verzögern. Unserer Meinung nach kann die Kohlenbelieferung nur sichergestellt werden, wenn man mit der Heranschaffung der Kohlen nicht bis Ende Dezember wartet, sonst geht es uns genau wieder so, wie es im Vorjahr ergangen ist.

Mit einer Erhöhung der Mehl- und Brotpreise wird die Groß-Berliner Bevölkerung wieder beglückt. Dazu kommt, daß infolge der Herabsetzung der Mehlmengen von der Reichsgetreidebestelle dem Brot wieder Kartoffeln zugesetzt werden sollen.

Eine kommunale Wurstfabrik hat die Gemeinde Friedrichshagen errichtet. Die Wurst wird den Schlächtermeistern zugeteilt und gegen Fleisch-kartenabschnitt verkauft. Das Pfund kostet 2 Mk.

Schweineferkel gelangen in Berlin und verschiedenen Vororten (Reinickendorf) zum Verkauf und zwar fleischmarktfrei. Der Käufer meldet seine Bestellung bei dem Schlächter an, bei dem er eingetragen ist. Es werden nur ganze oder halbe Ferkel abgegeben. Das Pfund kostet 4,50 Mk. Das Fleisch ist sehr mager und unserer Ansicht nach außerordentlich teuer, so teuer, daß eigentlich das Kriegsministerium alle Ursache hätte, gegen die Gemeinden einzuschreiten, wenn diese hohen Preise nicht von einer anderen Behörde bestimmt worden sind. Auf ärmere Leute hat man überhaupt keine Rücksicht genommen. Das bezeugt der Preis und dann auch die Tatsache, daß nur ganze oder halbe Ferkel abgegeben werden.

Kartoffeln sind reichlich am Markte, weshalb die Kartoffelmarken schon im voraus eingelöst werden können.

Die Arbeiter in den Waffen- und Munitionsfabriken führen lebhaft Klage über die von der Betriebsleitung vorgenommenen Affordabzüge. Mehrere Verhandlungen haben sich mit dieser Sache beschäftigt. Es wurde berichtet, daß die Direktoren dem Metallarbeiterverbande gegenüber im Januar versichert hätten, daß an Abzüge nicht gedacht würde. Das Kriegsamt soll angerufen werden.

Mit dem Siebennhr-Ladenschluß in der Lebensmittelbranche beschäftigte sich auf Antrag der Vertreter der Handlungsgehilfen die Berliner Gewerkschaftskommission. Mit allen gegen 11 Stimmen wurde in Rücksicht auf die vielen in Betrieben tätigen Arbeiterinnen der Antrag abgelehnt.

Prinzlicher Vertreter ist der Reichstags-abgeordnete und Rechtsanwalt Volksgang Feine geworden. Feine soll den vom preussischen Hausministerium entmündigten Sohn des Prinzen Friedrich Leopold vertreten. Feine Kundschaft!

Wegen Mordes an einer in Treptow wohnenden Aufseherin Walter ist ein Schneider Mosolf verhaftet worden, der bei der Frau Walter eine kurze Zeit wohnte und mit ihr ein Liebesverhältnis unterhielt. Der Mann der Frau W. stand im Felde. Kürzlich wurde Frau W. in ihrer Wohnung tot aufgefunden und weil man annahm, sie sei eines natürlichen Todes gestorben, wurde sie beerdigt. Nachträglich stellte sich aber heraus, daß die Frau ermordet worden ist. Mosolf wurde verhaftet und weil er fahnenflüchtig war, in die Arrestzelle der Spandauer Pionierkaserne eingeliefert. Dort hat er sich erhängt.

Ein sechsjähriges Kind wurde dieser Tage vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II als Zeuge in einer Anklage gegen einen Wächter vernommen, der angeklagt war, an dem Kinde sich stillschweigend vergangen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Zuchthaus, das Gericht erkannte aber auf Freisprechung.

Eine Ausstellung weiblicher Gesellenstücke ist vom Bund der Handwerkskammern am 6. und 7. Oktober im Rathausssaale veranstaltet. Aus den Kreisen der Schneiderei und Wäschmacherschneiderei sowie aus dem Putzgewerbe und der Buchbinderei haben eine Anzahl Meisterinnen Ausstellungsstücke angemeldet. Der Eintritt ist am Sonnabend von 3 Uhr ab und Sonntag frei. Auch sollen bei dieser Gelegenheit über die praktischen Erfahrungen auf diesem Gebiete eine Aussprache stattfinden. Die Veranstaltung wird von den Innungen gefördert, deren Existenzberechtigung durch den Krieg stark gelitten hat.

Unter der Hasernot sollen jetzt auch die Luxusperde leiden; sie sollen nach einer neuen Verordnung weder Haser noch Heu noch Häcksel durch die Verteilungsstellen erhalten dürfen. Die Reiterkavaladen am Jov oder am Kurfürstendamms dürften sich damit vermindern. Die Pferdeverleihinstitute werden weniger Geschäfte machen. Nur für die Rennperde wird noch besonders gesorgt werden. Dagegen wird das Drockschiff unter der Hasernot leiden. Die Zirkusdirektoren haben gegen die Anordnung des Magistrats Beschwerde erhoben, weil sie meinen, Zirkusperde seien keine Luxusperde.

In den Berliner Gemeindeschulen wurden am 29. September den Schülern Bilderbogen mit auf den Weg gegeben mit einem Gedicht, das zur Zeichnung von Kriegsankleihe auffordert. Das Gedicht ist vertont für Klavier und Singstimme.

Aus der Zeit.

Der „Vorwärts“ auf dem Abonnentensang. Die im Verlage der „J. R.“ erscheinende „Sozialdemokratische Feldpost“ bringt in Nr. 9 eine im Anzeigerstil gehaltene viertelseitige Annonce des Vorwärts-Verlags, die die „Kameraden“ zur Stärkung des Vorwärts auffordert und also beginnt:

„Der Vorwärts wird in seinem politischen Teil von kriegsbeschädigten Kameraden geleitet, die Euer Denken und Fühlen kennen, weil sie es selber miterlebt haben.“

I, zum Kluck! In welchem Trommelfeuer haben denn die Herren Stampfer, Müller usw. gelegen? Warum haben sie ihre Heldentaten bisher so schamhaft verschwiegen?

Für unsere Jugend.

Sozialistische Weltanschauung.

In diesen Herbsttagen haben wieder viele Arbeiterkinder die Schule verlassen. Sie haben einen Beruf ergreifen müssen und stehen jetzt mitten im werktätigen Leben. Viele von ihnen haben an unseren Jugendweihen teilgenommen und haben da manches mahnende und belehrende Wort gehört, wie sie ihr Leben einrichten sollen. Viele Arbeitereltern werden auch wünschen, daß ihre Söhne und Töchter nicht bloß in irgendeinem Beruf möglichst bald und möglichst viel Geld verdienen, sondern auch in der gefährlichen Lehrlings- und Uebergangszeit an Körper und Geist keinen Schaden nehmen; vielen Arbeitereltern wird auch am Herzen liegen, daß ihre Kinder Sinn und Verständnis erlangen für die Arbeiterbewegung, für die großen Ziele des Sozialismus. Und allen, denen es ernst ist um die Sache des Sozialismus, allen, die in diesen sturmdurchtobten, opfer- und entbehrungsreichen Zeiten, die auch nach Beendigung des Weltkrieges noch jahrelang auf der Arbeiterschaft lasten werden, einzig und allein vom Sozialismus Heil und Rettung erwarten, müssen wünschen, daß die jungen Menschenkinder, die jetzt in das gewaltige Mäderwerk des kapitalistischen Wirtschaftslebens hineingezogen sind, in vier oder fünf Jahren als vollwertige Mitkämpfer in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation in Reich und Glied mit den älteren Arbeitern und Arbeiterinnen treten. Wir haben auch das Vertrauen zu unseren jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, daß viele von ihnen selbst den Wunsch hegen, einmal mit einzugreifen in den großen Befreiungskampf der Arbeit.

In die politischen Tageskämpfe können und sollen unsere jungen Freunde nicht hineingezogen werden. Aber unbedingt notwendig ist es, daß ihnen schon jetzt die Grundbegriffe dessen in Fleisch und Blut übergehen, was wir sozialistische Weltanschauung nennen. Die Worte Sozialismus, Sozialdemokratie, Arbeiterbewegung müssen für sie einen bestimmten Gedankeninhalt bekommen. Sie müssen lernen, daß denen, die sich zu diesen Worten bekennen, die Verpflichtung obliegt, ihr Wissen und ihren Verstand mit der Gedankenwelt des Sozialismus zu erfüllen, damit ihr späteres Handeln davon geleitet wird, damit sie später einmal nicht als bloße Nummern in den Mitgliederlisten der Organisationen stehen, sondern als selbständig denkende und handelnde Menschen mitwirken, bessere und gerechtere Zustände herbeizuführen. Es genügt nicht, wenn unsere jugendlichen Arbeiter im Elternhause sehen, daß der Vater oder auch die Mutter politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, wenn sie dadurch gleichsam automatisch eine oberflächliche Kunde von der Arbeiterbewegung erhalten; es genügt auch nicht, daß sie sich einer Vereinigung der Arbeiterjugend anschließen, daß sie schließlich einige sozialistische Schlagworte lernen und vielleicht ein paar Arbeiterlieder singen können und mit Jugendgenossen und Jugendgenossinnen Wanderungen unternehmen. All das sind Neugierlichkeiten, denen der innere Kern und der feste Halt fehlt, wenn sie nicht wachsen auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung. Kopf und Herz der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die jetzt für unsere Jugendbewegung gewonnen werden sollen, aber auch Kopf und Herz derer, die ihr jetzt schon angehören, (denn — wir wollen ehrlich gegen uns sein — auch bei vielen von diesen hapert es in dieser Beziehung sehr stark), müssen von dieser Weltanschauung durchdrungen werden, wenn in absehbarer Zeit unsere Hoffnungen auf Erfüllung der sozialistischen Ziele in Erfüllung gehen sollen. Diese Weltanschauung verleiht dem jugendlichen Arbeiter erst die Gewißheit, daß sein persönliches Los und das Schicksal der Arbeiterklasse, ja das Schicksal der ganzen menschlichen Kultur — das zeigen uns die blutigen Lehren des Weltkrieges — von dieser Erfüllung abhängt.

Was heißt es aber: sozialistische Weltanschauung? In Nr. 19 und 23 dieses Blattes haben wir klar zu machen versucht, was Sozialismus heißt. Die das letzte Ziel des Sozialismus die Befreiung der Arbeit aus den Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung ist, so ist die sozialistische Weltanschauung die Befreiung des Denkens von all den Ideen und Anschauungen, die den jungen Arbeitern von der kapitalistischen Welt durch die Schule, durch Kirche und Kaserne, durch bürgerliche Zeitungen, durch den Verkehr mit ungeschulten und gleichgültigen oder sozialismussfeindlichen Arbeitskollegen usw. aufgedrängt und aufgezwungen werden. Das Leben ist so ungeheuer vielseitig und mannigfaltig, die Anschauungen, die im Sozialismus den Todfeind sehen, sind so vielartig, daß es schon

älteren Arbeitern und Arbeiterinnen schwer wird, ihre sozialistische Ueberzeugung gegen alle Anfechtungen zu verteidigen, wie viel mehr einem jugendlichen Arbeiter, dem das sozialistische Wissen noch nicht erschlossen ist und dem auch die praktischen Erfahrungen des Organisationslebens fehlen. Die Schule hat ihm manches Wertvolle, wie Lesen, Schreiben, Rechnen, Geographie usw. mit auf den Lebensweg gegeben, aber was darüber ist, so z. B. Religion, Geschichte und dergleichen, hat ihn mit einer Gedankenwelt erfüllt, die der sozialistischen Weltanschauung feindlich gegenübersteht und auch feindlich gegenüberstehen soll. Was wissen unsere jungen Freunde nach dem Verlassen der Volksschule vom Werden und Vergehen im Weltall und auf unserer Erde? Was wissen sie von der Abstammung und Entstehung des Menschengeschlechts? Was wissen sie von der Entstehung und Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und Kultur? Was wissen sie von den großen Ideen und Volksbewegungen, die die Menschheit im Laufe ihrer Menschheit vorwärts gebracht haben? Was wissen sie von den tieferen Ursachen der großen Menschheitskatastrophe, die einen Schatten auf ihre Jugend geworfen, vielleicht eine schmerzliche Wunde in ihr Familienleben gerissen hat und ihnen noch heute Hunger und Entbehrungen auferlegt? Nichts oder so gut wie nichts. Und das wenige, was sie wissen, kann zum größten Teile im Lichte der sozialistischen Weltanschauung nicht bestehen. Denn diese Weltanschauung gibt die Antworten auf alle hier ange deuteten Fragen, die Antwort, die den Arbeiter erst befähigt, sein ganzes Ich in den Dienst des Sozialismus zu stellen.

Wie kann aber der jugendliche Arbeiter, die jugendliche Arbeiterin zu dieser Weltanschauung gelangen? Dadurch, daß sie sich nicht mit den dürftigen Geistesbrocken der Schule begnügen, sondern weiterlernen und weiterstreben. In dem Alter, in dem sie in der Werkstatt, im Fabrikssaal oder vor dem Ladentisch stehen, gehen die Söhne und Töchter der besitzenden Klasse noch auf die Gymnasien, Realschulen usw., um sich die Kenntnisse anzueignen, die ihnen das Fortkommen in ihren Gesellschaftskreisen ermöglichen sollen. So leicht wird es der Arbeiterjugend nicht gemacht. Sie muß den festen Willen und die Energie haben, wenigstens einen Teil ihrer Musestunden zur Erweiterung und Vertiefung ihres Wissens anzuwenden. Der alte Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, August Bebel, ist seinerzeit mit weit dürftigeren Schulkenntnissen ins Leben hinausgetreten, als es heute die meisten unserer jungen Freunde tun; durch eiserne Energie und restlosen Fleiß hat er sich aber ein solches Maß von Wissen angeeignet, daß mancher Professor vor ihm den Hut ziehen mußte. Aber wenn unsere jungen Freunde auch nicht Bebel werden können, so sollen sie doch in die Grundgedanken sozialistischen Wissens und sozialistischer Gedankenwelt eingedrungen sein, um später einmal in allen Fragen der Arbeiterbewegung selbständig urteilen und mitreden und mitarbeiten zu können.

Die sozialistische Weltanschauung kann sich die Arbeiterjugend nicht in ein paar Stunden aneignen. Wer sie beherrschen und nicht als bloßer Phrasendrescher gelten will, hat eigentlich Zeit seines Lebens daran zu studieren. In eurem empfänglichen Alter aber, liebe junge Freunde, könnt ihr einen festen Grund für sie legen. Bis zu eurem 18. oder 20. Jahre könnt ihr jedes Jahr einige Cassine am Bau eures sozialistischen Wissens aufrichten. Besucht daher Kurse und Vorträge, lest gute Bücher! Die Berliner jungen Arbeiter und Arbeiterinnen finden in dieser Nummer einen Hinweis auf den Lehrplan der Arbeiterbildungsschule. Für die Jüngeren von ihnen ist darin ein Kursus vorgesehen, der sie in das ABC des Sozialismus einführen soll, die Fortgeschritteneren können unter den anderen Kursen wählen, was ihnen zusagt. Die reichhaltige Bibliothek der Arbeiterbildungsschule steht der Arbeiterjugend zur Verfügung, sie findet hier auch Rat bei der Auswahl der Bücher. In der Vereinigung Arbeiterjugend finden die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Geselligkeit und Unterhaltung mit Gleichstrebenden.

Erschleht eure Köpfe und Herzen der sozialistischen Weltanschauung. Sie wird euch ein Leitstern sein im Ringen und Streben eures ganzen Lebens, sie wird eurem Dasein erst Sinn und Inhalt verleihen!

Ein Kriegsdokument.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps (Magdeburg) erließ in den Blättern seines Korpsbezirks folgende Bekanntmachung:
„Ich habe vor kurzem erst eine Warnung an die Bevölkerung erlassen, um sie vor den ver-

hängnisvollen Folgen der Landesverräterischen Machenschaften von mit feindlichem Gelde bestochenen Agenten zu bewahren. Schon wieder aber kommt eine neue Bewegung zu meiner Kenntnis, die angezettelt ist in Zürich, einem der Hauptstühle des feindlichen Agententums, und welche bezweckt, die deutsche Jugend zur Begehung von Kriegs- und Landesverrat zu verleiten.

Die feindliche Agitation unter den erwachsenen deutschen Arbeitern ist gescheitert an deren gesundem Geist, an ihrem politischen Verständnis für die Gründe, die unser Volk gezwungen haben und noch immer zwingen, sich gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen, die aus gemeinstem Eigennutz dem deutschen Volke seine wirtschaftliche Blüte neideten. Ferner ist die Ausschließlichkeit, Deutschland militärisch und wirtschaftlich zu Boden zu werfen, von den Gegnern erkannt. Nun versuchen sie ein anderes verzweifelteres Mittel, den Sieg zu gewinnen, indem sie die innere Verteidigungskraft durch die Revolutionierung der deutschen Jugend zu erreichen hoffen.

Auch die Frauen und Mädchen sollen sich nach Absicht der Gegner an dem ruchlosen Vorgehen beteiligen. Selbst die Soldaten werden zum Kriegsverrat aufgefordert. Ich weiß mich eins mit der überwältigenden Mehrheit des ganzen Volkes, wenn ich einen Appell an die deutschen Mütter richte, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, ihre Kinder vor dem Unheil zu bewahren, das ihnen bei Beteiligung an dem beabsichtigten Verbrechen droht. Weiset mit Abscheu die Aufforderung der Gegner von Euch, Eure Kinder zu verleiten, in dieser Zeit des letzten gewaltigen Endkampfes Euren Männern, Brüdern und Söhnen an der Front durch Beteiligung an Unruhen und Streiks in den Rücken zu fallen.

Wo immer aber der Einfluß der Mütter nicht ausreichen sollte, und der Vater fern ist, um die Jugend von dem Verbrechen des Kriegs- und Landesverrats zurückzuhalten, da ziehet befohlene Männer Eures Vertrauens oder die Obrigkeit zu Rate, um die schlimmsten Folgen für Leben und Zukunft Eurer Kinder zu verhüten.

Alle diejenigen aber, die trotz dieser Warnung sich an Unruhen und Arbeitseinstellungen, insbesondere an der Agitation hierfür durch Verteilen oder Vorzeigen von Ausrufen, Plakaten, Zeitungen und dergleichen beteiligen und damit gegen die Strafgesetze verstoßen, sollen wissen, daß Kriegsverrat und Landesverrat, wenn nicht mildere Umstände zugebilligt werden, mit Zuchthaus, unter Umständen mit dem Tode bestraft werden.

Jeder, der in den Besitz von Agitationsmitteln obiger oder ähnlicher Art kommt, ist bei Strafe verpflichtet, sie sofort bei der zuständigen Polizeibehörde abzuliefern.

Auf allen Fronten tobt der Kampf, überall hält das tapfere, siegreiche Schwert unserer Kämpfer den Gegner von unseren Grenzen fern. In uns ist es, des inneren Feindes Herr zu werden und uns würdig zu zeigen des deutschen Geistes an der Front.

Magdeburg, 21. August 1917.

Der stellv. Kommandierende General
IV. A. K.
Frb. v. Sander."

Jugendfürsorge und Sparzwang.

Unter diesem Titel befaßt sich „Die Jugendfürsorge“, Mitteilungen der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, in einem Artikel mit dem Sparzwang infolge des Erlasses des Oberkommandos in den Marken, soweit die Zentrale vom Vormundschafsammt der Stadt Berlin mit Recherchen betraut war. Seit einem halben Jahre erstreckt sich die Mitarbeit auf solche Fälle, in denen eine Verwahrlosung vorlag oder weil eine besondere Fürsorge notwendig wurde. In dem Artikel heißt es:

Die nachfolgende kleine Statistik umfaßt 435 Fälle, die in der Zeit von Anfang Januar bis Ende Juni 1917 bearbeitet wurden. Sie betrifft 240 männliche und 95 weibliche Jugendliche. Bemerkenswert ist hier, daß die Statistik erst zu einer Zeit einsetzt, in der die Grundauszahlung bereits 24 Mk. wöchentlich betrug und infolgedessen die kleinen Verdienner, insbesondere die Mädchen, kaum mehr erfaßt.

Von den bei der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge behandelten Fällen waren:

Männliche:	
Gelernte Arbeiter . . .	66
Ungelernte Arbeiter . . .	227
Postausbiller	22
Kutscher	7
Hausdiener	10
Kaufm. Beamte	7
Schaffner	1
	340
Weibliche:	
Gelernte Arbeiter . . .	7
Ungelernte Arbeiter . .	81
Kaufm. Beamte	7
	95

ES standen im Alter von:		
15	17	18 Jahren:
		Männliche:
24	110	178
		Weibliche:
1	28	87

Von den Jugendlichen waren Haupternährer: 5. In Schlafstellen waren: 89 männliche; 19 weibliche. Von den Vätern waren: im Felde 117; tot 114 (davon 4 gefallen); krank, resp. invalide 24; unbekanntes Aufenthaltsort 2; im Gefängnis 2; arbeitend 156.

Höchstlöhne:

Bei den Männlichen im Alter von:
15 16 17 18 Jahren:
55 Mk. 80 Mk. 90 Mk. 90 Mk.

Bei den Weiblichen im Alter von:
15 16 17 18 Jahren:
34 Mk. 40 Mk. 42 Mk. 40 Mk.

Sparguthaben:

340 männliche Jugendliche hatten zusammen 39 862 Mk., also durchschnittlich 115 Mk. Guthaben.

Das Höchstguthaben betrug 1280 Mk. 8 hatten über 500 Mk., das niedrigste betrug 7 Mk. 71 hatten über 150 Mk.

114 weibliche Jugendliche hatten zusammen 8581 Mk., also durchschnittlich 74,40 Mk.

Das Höchstguthaben betrug 700 Mk., das niedrigste 6 Mk.; 9 hatten über 150 Mk., 11 hatten über 100 Mk. Laufende Freigaben: 20.

Ablehnungen: 66.

Die Höhe der Löhne ist außerordentlich verschieden, besonders bei den ungelerten Arbeitern, wo die Körperkräfte entscheiden, selbstverständlich werden Löhne von 90 Mk. wöchentlich nur von gelerten, in erster Reihe von Metallarbeitern, erreicht. In unserer Statistik erreichten nur 4 diesen Lohn, häufiger waren schon 70 Mk. bis 80 Mk. wöchentlich.

Dann wird dargelegt, daß bei 49 Fällen ausgesprochener Verwahrlosung nur in 6 Fällen die Väter zu Hause und von diesen 4 Väter krank oder invalide waren, daß also die väterliche Gewalt fehlte. Schließlich wird die Frage untersucht, welche Wirkung der Sparersatz ausgeübt hat. Ein Einfluß auf Verwahrlosung und Verwahrlosungsursache dürfte kaum erreicht worden sein, höchstens ein vorübergehender Einfluß. Ob der Sparersatz angeregt worden sei, könne noch

nicht beurteilt werden. Immerhin ist vom Standpunkt des Erziehers der Sparersatz wertvoll.

Wir glauben, daß der Sparersatz sehr viele Schattenseiten aufweist. Tatsache bleibt aber, daß dieser Sparersatz nur auf die arbeitende Jugend Anwendung findet, während der junge Mensch, der sich vermögende Eltern ausgesucht hat, nicht unter dieses Kuratel gestellt ist.

Die Jugendbewegung zu fördern, hat sich der Hauptauschuß für Leibesübungen gemeinsam mit der Gesellschaft der Freunde der Jugend und Jugendpflege zum Ziel gesetzt. Es sollen in Berlin eine Anzahl Jugendheime errichtet werden. Das erste ist am Mittwoch, den 19. September, in der Großen Frankfurter Straße 16 der Öffentlichkeit übergeben worden. Ueber den Charakter dieser Heimbewegung orientieren am besten die Namen der Teilnehmer, die am Eröffnungstage erschienen waren. Es waren anwesend die Herren Generalkondukteur Menze mit seinem Stabe, Geh. Regierungsrat Dr. Hinge vom Kultusministerium, Major Ritschmann vom Kriegsministerium, Kg.-Rat Hauselle für den Oberpräsidenten von Potsdam, Generalsuperintendent Labusch, Kreis- und Stadtschulinspektor Hänsler u. a. Das Heim ist mit einem Kostenaufwand von 59 000 Mk. ins Leben gerufen und enthält Bibliothek und Lesesaal, sowie Vortragsaal, Vereins- und Spielzimmer. Am Eröffnungstage waren vertreten die Jugendkompanien, Sport- und Turnvereine, Jungdeutschlandbund, Wandervogel u. a. Die Arbeiterschaft Berlins hat bisher aus eigenen Mitteln versucht, Heime für die Arbeiterjugend zu unterhalten, um die Jugend dem Einfluß der Straße und dem Alkohol zu entziehen. Das ist ihr in der jetzigen Zeit nicht leicht geworden. Die Heime befinden sich im Norden in der Brunnenstr. 70 und im Osten, Königsbergerstr. 7, I Treppe.

Andere Zeiten — andere Sitten. Im Lübecker Volksboten lesen wir: „Das Sommerfest der Freien Jugend Lübecks, das Sonntag in der Brauerei Zur Balkmühle veranstaltet worden war, hätte einen

besseren Besatz verdient. Die Angunst des Wetters veranlaßte die Abhaltung des Konzerts im Saale. Der schöne große Garten konnte nur von sehr abgehärteten Naturen benutzt werden. Von auswärts war eine Abordnung der Jugendlichen aus Schwern erschienen. Die Weisen der Schumannskapelle, die ein gutgewähltes Konzertprogramm unter der Leitung des Herrn Bachmeisters Hebert zum Vortrag brachte, wurden lebhaft applaudiert. Die kurze, markige Ansprache des Genossen Bromme, die darin gipfelte, der Arbeiterjugend, die drei Kriegsjahre voll Entbehrungen, Trauer und Not erlebt hat, sei trotz des Ernstes der Zeit sehr wohl ein Festtag zu gönnen, und den Fortschritt des Friedensgedankens propagierte, fand ebenfalls lebhaften Beifall.“

Eine bessere und zweckmäßigere Verwendung der Schulzeit, die hier unseren jungen Genossen eine gute Konzertmusik darbieten, können wir uns gar nicht denken. Die Zeiten liegen aber noch nicht allzu fern, wo es anders war.

Das stellvertretende Generalkommando des 2. Armeekorps machte am 1. 9. bekannt: „Die jugendsozialistische Jugendbewegung hat eine durch das ganze Vaterland gehende Agitation begonnen, um am 2. September 1917 einen internationalen Jugendtag und am 3. September 1917 einen Proteststreik zu veranstalten. Diese Bewegung ist angehts der blutigen Kämpfe, welche zurzeit an allen Fronten stattfinden, ein Verrat am Vaterlande. Ich erwarte von dem gesunden Sinn der Bevölkerung des Korpsbezirks, daß sie sich von dieser Bewegung fernhält und jeder an seiner Stelle dazu beiträgt, daß die gesamten Kräfte des Vaterlandes zusammengefaßt werden zu dem einen großen Ziel, den Sieg zu erringen. Ich erwarte weiter, daß die Bevölkerung alles, was dem entgegensteht, mit der solchen vaterlandslosen Bestrebungen gebührenden Verachtung weit von sich weist. Die Gar-nisonen des Korpsbezirks haben Befehl erhalten, etwaigen Veranstaltungen an den beiden Tagen mit vollem Ernst entgegen zu treten.“

Uns ist von einem Proteststreik der Jugend nichts bekannt geworden.

Sie machen sich gesund.

Es gibt eifrige Leute, die auf Grund „wissenschaftlicher“ Befunde ermittelt haben wollen, daß die derzeitigen Ernährungsverhältnisse den Gesundheitszustand der Bevölkerung nicht schädigen; Schulkindern sollen sogar gesünder sein als früher! Ueber dergleichen Urteile und Wissenschaftler kann man ruhig zur Tagesordnung übergehen, kein Mensch nimmt sie ernst. Aber es gibt ein Gesundwerden während der Kriegszeit! Das gilt für viele finanziell schwache, wirtschaftlich wackelige Unternehmen. Manches von ihnen, das sich nur zur Not über Wasser halten konnte, wo man sanieren und sanieren mußte, wo der Exekutor an der Türre pocht, hat nun Geld in Hülle und Fülle; die Aktionäre hecken gute Dividenden ein und in den Reservefonds häufen sich die „Spargroschen“. Kriegspresse machen sie gesund!

Ein dieser Unternehmen ist die „Saurahütte“. In den Jahren von 1908 bis 1915 hat sie fünfmal nur 4 v. H., einmal 6 und einmal 8 v. H. Dividende verteilt. Im vergangenen Jahre jedoch konnte sie schon 10 Prozent verteilen und für 1916/17 bekommen die Aktionäre sogar 12 Prozent. Dabei hat man erhebliche Abschreibungen vorgenommen und für Rücklagen gesorgt, deren Höhe jetzt im Dunkeln gehüllt bleiben. Der letzte Rohgewinn ist beinahe doppelt so hoch, wie der im Jahre 1913/14. Das kann man wirklich ein Gesundwerden nennen.

Die „Hohenlohe-Werke“ brachten für 1913/14 und 1914/15 keine Dividende heraus, für die beiden letzten Jahre jedoch schon 6 v. H., obwohl sie allein für Abschreibungen 24 Millionen Mark benutzt haben. Auch ein schönes Gesundwerden.

Zu den kränkelnden Unternehmen waren weiter die „Süddeutschen Lederwerke St. Ingbert“ zu rechnen. Für die drei letzten Jahre vor dem Kriege konnten sie keine Dividende herausbringen, dann jedoch zweimal 10 und einmal 9 Prozent, bei starken Abschreibungen und Zuweisungen an die Fonds.

Auch die „Westfälische Metallindustrie A.-G. Lippstadt“ hatte früher ihre Nöte, jetzt ist sie auf Ueberflüsse gebettet. Das letzte Jahr erzielte sie, bei 15 Millionen Mark Aktienkapital, die Reingewinn von 3,2 Millionen Mark Bruttogewinn. Lantienen und Kriegsgewinnsteuer verbucht sie vorsichtigerweise in einem Posten mit Zinsen, Reklame, Verschönerungen, Saläre und Speisen, zusammen 2,2 Millionen Mark. Es verbleibt ein Nettobetriebsgewinn in Höhe von 1 000 012 Mark (6,2 Prozent des Aktienkapitals). In den verschiedenen Fonds hat sie bereits 836 000 Mark aufgeschichtet; Kreditoren haben 4,3 Millionen Mark zu fordern, dagegen ergeben Debitoren, Waren, Kassenbestände und Effekten 6,9 Millionen Mark. Die gesamten Anlagen stehen nur mit 800 000 Mk. zu Buch.

Mit solcher Erhaltung können die Unternehmen die Entbehrungen der Kriegszeit schon vertragen, man hält durch!

Wahlrechtsbewegung in Sachsen.

In Sachsen ist durch die Ablehnung aller Wahlrechtsanträge im Verfassungsausschuß der Zweiten Kammer die Wahlrechtsfrage in der öffentlichen Diskussion wieder aktuell geworden. Der Verein Groß-Dresdens der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hatte deshalb eine öffentliche Versammlung in ein großes Lokal der inneren Stadt Dresden berufen, in der dazu Stellung genommen wurde. Sie war stark besucht, obwohl wir mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, in den Mitteln zur Propaganda sehr beschränkt und durch behördliche Maßnahmen außerordentlich eingegrenzt sind. Nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Gen. Schulze und einer kurzen, aber anregenden Debatte wurde eine in

unserem Sinne gefasste Resolution einstimmig angenommen. Die Versammlung war nur von Arbeiterpublikum besucht, was ihr einen um so höheren Wert verleiht.

Am folgenden Abend sollte eine von abhängiger Seite berufene Versammlung im Plauenischen Grund stattfinden. Als Referenten waren Roske und Sindermann genannt. Thema Volksrecht und Frieden. Unsere Genossen verzichteten auf eine eigene Versammlung, um sich an der der Abhängigen zu beteiligen. Sie gingen dabei von der Annahme aus, daß ihr Redner, Genosse Fleißner, in dessen Landtagswahlkreis die Versammlung war, Gelegenheit haben müsse und werde, unseren Standpunkt zu vertreten. Um Einfluß darauf zu haben, verlangten sie Büromwahl. Das wurde völlig ignoriert, Roske vielmehr ohne weiteres das Wort erteilt.

Nun verlangte einer unserer Genossen das Wort zur Geschäftsordnung. Auch das wurde brüsk abgelehnt. Nun kam es zu großer Erregung der Anwesenden. Das Lokal war gestopft voll; es mochten etwa 1100 Personen anwesend sein. Als Roske zu reden begann, wurde er stürmisch unterbrochen und immer wieder das Wort zur Geschäftsordnung verlangt. Das wiederholte sich jedesmal und immer stürmischer, wenn Roske mit seinem Referat beginnen wollte. Es kam zu lebhaften Kontroversen mit dem Büro, dem Referenten und der Versammlung, die bis auf eine verschwindende Minderheit auf unserer Seite stand. Genosse Fleißner wollte einen Vermittlungsvorschlag machen, der bestimmt die Versammlung in das normale Gleis gebracht hätte. Er wurde damit von den Herren auf dem Podium schroff abgewiesen und auch noch beleidigt. Nun brach erst recht der Unwille los. Roske suchte sich mit Gewalt das Reden zu erzwingen, er redete minutenlang, ohne daß ein Wort verständlich war. Er hörte deshalb bald wieder auf. Schließlich wurde über eine Resolution, die man schon zu Beginn verlesen hatte und die die Blockpolitik der Abhängigen im Reichstag billigt, abgestimmt. Nur ungefähr 100 Hände erhoben sich dafür, die Gegenprobe ergab Ablehnung mit erdrückender Mehrheit. Nun haben die Herren Abhängigen endlich ein, daß hier keine Geschäfte zu machen waren. Sie schlossen kurzerhand die Versammlung und verließen unter dem Gelächter der Massen nach etwa dreiviertel Stunde als die blamierten Europäer das Lokal.

Sie hatten sich gedacht, durch die zwei Referate die Versammlung bis zum Schluß hinzuziehen, um uns die Gelegenheit zu genügendem Ausprechen auf diese schlaue Weise zu nehmen. Das ist ihnen schmachlich mißglückt. Im roten Plauenischen Grund haben sie ausgespielt.

Am letzten Sonntag hatten die abhängigen Sozialisten Groß-Dresdens im Zirkusgebäude Dresdens eine Versammlung veranstaltet, in der Roske und Sindermann über Friede und Volksrecht sprachen. Die Anhänger der Abhängigen waren natürlich mit allen Mitteln der Propaganda hingeholt worden, außerdem war ein sehr großer Teil indifferentes und bürgerliches Publikum erschienen, so daß das Gebäude ziemlich besetzt war. Roske hielt eine sehr lahme, nationalsozialistische Rede, die er mit einigen auf Beifall berechneten Gefühlsphrasen ausschmückte. Noch ärger versiel Sindermann in diesen Stil, er bot ein wirres, wahlloses Durcheinander von Redensarten, wobei er obendrein die Tatsachen bedenklich umhög. So, wenn er behauptete, daß seine Partei an der „ressloßen Beseitigung“ der ersten Kammer festhalte, dafür arbeite. In dieser Beziehung gäbe es „kein Vorkerlassen“. Im Landtage hat aber die abhängige Fraktion keinen derartigen Antrag eingebracht, dieser wurde vielmehr von unserer Seite gestellt. Die abhängigen Vertreter stimmten auch für eine Berufs-

vertretung der ersten Kammer. Sindermann aber stellt sich hin und behauptet öffentlich so ungefähr das Gegenteil. So erhoffte er gerade in dieser Beziehung starken Beifall für eine Politik, die er und die Seinen nicht treiben, die vielmehr von uns befolgt wird. Debatte gab es nicht, eine Resolution fand natürlich Annahme.

Das neue Aktionsprogramm.

Die Stuttgarter Abhängigen haben kürzlich in einer Versammlung zum Würzburger Parteitag Stellung genommen. Dabei wurde nach einigem Widerspruch schließlich einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Der Parteitag möge die Einsetzung einer Kommission beschließen, die einen in vollstümlicher und packender Sprache gehaltenen Entwurf eines Aktionsprogramms der deutschen Sozialdemokratie auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse so rasch als möglich auszuarbeiten, zu veröffentlichen und den Parteinstanzen zur Beschlussfassung zu unterbreiten hat.“

Auf dieses Aktionsprogramm darf man mit Recht sehr gespannt sein, besonders, wenn es vor allem „auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse“ geschaffen werden soll, anstatt, wie früher die erste Bedingung gewesen wäre, vor allem den Aufgaben und Zielen der Sozialdemokratie zu dienen. Noch interessanter wird zu beobachten sein, wie die während des Krieges immer offener und kühner hervorgetretenen Forderungen der Ober-Revolutionisten David, Seine, Südekum, Rosk, Quessel, Peus usw., und nicht zum wenigsten die politischen Ideale der regierungsozialistischen Gewerkschaftsführer in dem „Aktionsprogramm“ zur Geltung kommen.

Aus den Gewerkschaften.

Vom Bildhauerverband. Dem Zentralverein der Bildhauer gehört zu den wenigen freien Gewerkschaften, die an Mitgliederzahl während des Krieges ständig zurückgehen, da er als Organisation eines vollständig abgeschlossenen Berufes kein Rekrutierungsgebiet hat. Vor Kriegsbeginn zählte der Zentralverein 3484 Mitglieder, davon sind gegenwärtig rund 2200 im Beere, 870 noch als aktive Mitglieder vorhanden und 420 als verloren zu betrachten. Von den jetzt noch vorhandenen Mitgliedern arbeitet ein Viertel außerhalb des Berufes. Ausschüß auf Besserung bietet sich für den Zentralverein der Bildhauer erst nach Friedensschluß.

Beitragsverhöhung im Holzarbeiterverband. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes veröffentlichte einen Vorschlag auf Einführung von Stoffbeiträgen von 80 Pf. bis 1,50 Mk. wöchentlich für männliche Mitglieder, 60 Pf. für weibliche Mitglieder und 40 Pf. für jugendliche. Der Beitragsverhöhung entsprechend sollen auch die Unterstützungsbezüge ausgebaut werden. Ueber diesen Vorstandsantrag wird im November eine Urabstimmung unter den Verbandsmitgliedern stattfinden. Am 6. November findet eine große Reichskonferenz des Holzarbeiterverbandes statt, um die Frage für die Urabstimmung zu formulieren und zum Ablauf der Tarifverträge Stellung zu nehmen.

Urabstimmung im Sattlerverband. Auch im Sattlerverband wird vom 1. bis 3. Dezember eine Urabstimmung über die Frage stattfinden, ob der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder um 15, für weibliche um 10 Pf. ab 1. Januar erhöht werden soll. Vorstand und Ausschüß haben die Urabstimmung beschlossen.

Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schillerstraße 5. Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.